

UNABHÄNGIGE Bauernstimme

März 2002 Nummer 243
K 12858 / 5,00 DM

Eine Zeitung von Bäuerinnen
und Bauern



Foto: Martin Bienerth

Schwerpunkt:

Umgesteuert

Das Agrarinvestitionsprogramm, das klassische Instrument des Strukturwandels, dient jetzt der bundesweiten Förderung der artgerechten Tierhaltung. Selbst für kleinere Umbauten zum Wohle der Tiere gibt's Zuschüsse. **Seite 11 und 14**

Rein ins Stroh

Ein Stall, der genau den Richtlinien für artgerechte Tierhaltung entspricht, muss auch in Nordrhein-Westfalen noch lange nicht problemlos genehmigt werden. Wegweisend bei der artgerechten Tierhaltung bleibt das Land mit dem Festmistprogramm dennoch. **Seite 12 und 13**

Bewegung

Verhandlung beginnt

Viel Mühe geben sich die Richter am Europäischen Gerichtshof mit der Verhandlung über die Auskunftspflicht über den Nachbau. Entschieden wird noch, es zeichnet sich schon, dass die EU-Kommission eher keine allgemeine Auskunftspflicht im Sinn hatte. Unter den Zuhörern auch Bauern aus Belgien und Frankreich. **Seite 5**

AbL in den Ländern

Von Süd bis Ost trafen sich AbLer. In Baden-Württemberg und Niedersachsen ging's um gerechte Preise für Bauern weltweit. In Mecklenburg-Vorpommern gründete sich gar eine neue Interessengemeinschaft und das Agrarbündnis forderte mehr Arbeitsplätze durch artgerechte Tierhaltung zu schaffen. **Seite 4 und 10**

Politik

Schlachten und Spritzen

Vorschläge zur Nachbesserung des Bestandsbuch legten Bauern aus Westfalen vor. Betrachtungen zum Schlachten in Zeiten von BSE und Einschätzungen zur MKS-Impfpolitik auf den **Seiten 6, 10, 15 und 18**

Patente begrenzen

Als unhaltbar weist Patentanwalt Wilhelms die Ansprüche der Konzerne auf Nachkommen patentgeschützter Tiere und auf selbst erzeugtes Saatgut der Bauern zurück. **Seite 2**

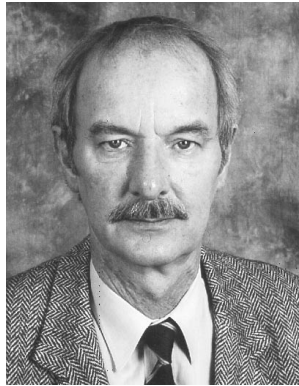
Weitere Themen

Ost-Erweiterung **Seite 2**, Mehr Naturschutz **Seite 3**, Tests im Test **Seite 3**, Schröder ganz bäuerlich? **Seite 7** und AbL-Frauen ganz stark! **Seite 15** und vieles mehr

Ansatz für die Patentierung von Pflanzen ist die wissenschaftlich unbegründbare, ethisch unannehmbare und menschlicher Lebenserfahrung widersprechende Gleichsetzung von Lebewesen mit toter Materie wie Zündkerzen oder Bratpfannen. Plastischer Ausdruck dieses Ansatzes ist der Begriff des „biologischen Materials“, unter dem nach der EU-Biopatentrichtlinie Tiere und Pflanzen sowie Gene und Teile von

Genen von Menschen, Tieren und Pflanzen patentierbar sind.

Nicht einmal die Patentierung von Tieren und Pflanzen der ersten Generation wäre wegen der ange deuteten gravierenden Bedenken akzeptabel; dass aber auch die aus solchen Tieren und Pflanzen vom Landwirt auf natürlichste Weise und kostenintensiv erzeugten Folgegenerationen über zwei Jahrzehnte ebenfalls dem Patent unterworfen werden, ist nicht hinnehmbar.



Die ungeheuren Profiterwartungen

durch private Monopolisierung von Tieren und Pflanzen als die Grundlage der Ernährung der Bevölkerung sind eine unwiderstehliche Versuchung für die auf diesem Gebiet agierenden multinationalen Konzerne; die Kombination solcher Tiere und Pflanzen mit maßgeschneiderten Spezialchemikalien, wie Futter, Dünger, Medikamente dehnt die Gewinnerwartung ins Unermessliche.

Der Landwirt als Großknecht der Patentinhaber und der Verbraucher als Zwangsabnehmer seiner Produkte werden unausweichliche Realität. Dass sich in diesem Zusammenhang der Deutsche Bauernverband gegen die Patentierung von Pflanzen und Tieren wenden will, erscheint selbstverständlich; ob er diesen starken Worten

auch Taten folgen lassen wird, erscheint nach seinem katastrophalen Management der Nachbaugebühren jedoch sehr zweifelhaft.

KOMMENTAR

Keine Patente auf Tiere und Pflanzen

Ein Indiz hierfür sind die Äußerungen des DBV-Präsidenten, mit denen er das europäische und nationale Sortenschutzrecht als akzeptablen Ausgleich für züchterische Leistungen bezeichnet. Er übergeht hierbei, dass durch das neue, patentähnliche Sortenschutzgesetz der kostenfreie Nachbau des Landwirts mit selbst erzeugtem Erntegut aus ordnungsgemäß erworbenem Saatgut abgeschafft wird; vielmehr umfasst nun das Recht des Pflanzenzüchters die Kontrolle der Verwendung des Ernteguts und die Einbeziehung von Nachbaugebühren über einen Zeitraum von 25 bis 30 Jahren je geschützter Sorte. Von einem vehementen Widerstand des DBV hiergegen kann keine Rede sein; durch das sogenannte Kooperationsabkommen wurde dem Gesetzgeber vielmehr Einverständnis des DBV mit den Pflanzenzüchtern vor Verabschiedung des Gesetzes signalisiert. Es ist zu erwarten, dass auch die Viehzüchter für sich eine analoge Rechtslage fordern werden: ein Tier-Kooperationsabkommen wäre eine logische Konsequenz des bisherigen Verhaltens des DBV.

Der Mittelweg kann wohl nur darin liegen, den Züchtern von Tieren und Pflanzen ein Monopol (Patent, Pflanzensorten- oder Tierrassenschutz) auf die erste Generation zuzugestehen, jedoch, wie bisher, die Folgegenerationen aus der ersten Generation dem Landwirt zur bestimmungsgemäßen Benutzung (Anbau und Nachbau; Zucht und Nachzucht) in seinem eigenen Betrieb und zur bestimmungsgemäßen Verwendung (Verkauf der Ernte- oder Zuchtguts) zu überlassen. Diese würde den Wettbewerb der Züchter untereinander fördern, einer weiteren Konzentration der Agrarindustrie entgegenwirken und den legitimen Interessen der Landwirtschaft und der von der Landwirtschaft versorgten Verbraucher Rechnung tragen. Millionen europäischer Landwirte, Verbraucherverbände und Kirchen stehen als Verbündete bereit.

Rolf Wilhelms, Patentanwalt München

EU-Beitrittsverhandlungen

Nachdem die EU-Kommission ihre Vorschläge zur Finanzierung der Erweiterung vorgelegt hat, und bevor die Agrarminister sich Mitte März zusammensetzen werden, hatte das EU-Parlament die Agrarminister der 12 Kandidatenländer in Mittel- und Osteuropa, Malta und Zypern zum Meinungsaustausch geladen. Graefe zu Baringdorf drückte als Vizepräsident des EU-Agrarausschusses sein grundsätzliches Verständnis für ihre Forderungen nach einer Erhöhung der Direktzahlungen und einer Ausweitung der Produktionsquoten aus, ermahnte die Politiker aber eindringlich, nicht auf eine Agrarpolitik zu setzen, die keine Zukunft habe. „Was Sie in Ihren Ländern brauchen, ist eine integrierte ländliche Entwicklung!“

Beihilfen stufenweise

Die EU-Kommission will den Beitrittsländern für das erste Beitrittsjahr 2004 ein Viertel der in den jetzigen Mitgliedstaaten gewährten Beihilfen anbieten und diesen Anteil bis Ende 2006 jährlich um 5 % erhöhen. Die vollen Beihilfen sollen in den Beitrittsländern aber erst 2013 gezahlt werden. In welchen Schritten die Beihilfen bis dahin wachsen, lässt die Kommission offen, vermeidet auch Angaben in absoluten Beträgen und lässt sich so Reformmöglichkeiten offen. In der ländlichen Entwicklungspolitik sollen die Mittel, die den Beitrittsländern nach geltenden EU-Förderbestimmungen zustehen, um rund die Hälfte aufgestockt werden. Einzig die Agrarmarktpolitik soll unmittelbar und vollständig angewandt werden, dazu zählen Interventionskäufe und Exporterstattungen. Bei den Produktionsquoten blieb die Kommission mit ihren Vorschlägen teilweise deutlich hinter den Forderungen der Kandidatenländer zurück.

Für die ersten drei Beitrittsjahre bietet die EU-Kommission ein vereinfachtes System zur Auszahlung von Direktzahlungen an. Dabei werden alle Beihilfen für ein Land zusammengezählt und auf einen Hektar umgelegt. Dieser Hektarbetrag wird an alle Bauern gezahlt, unabhängig davon, ob und was sie produzieren. Darüberhinaus können Pauschalbeihilfen für sog. Semi-Subsistenzwirtschaften bis zu 750 € gezahlt werden. Diese richten sich an Betriebe zwischen 3 und 15 ha. Allein in Polen gibt es rund 350.000 solcher Betriebe.

Nicht begeistert von diesen Vorschlägen zeigen sich vor allem Polen und Ungarn als Beitrittskandidaten, bei denen die Landwirtschaft eine wichtige wirtschaftliche und soziale Rolle spielt. Sie sprechen von „Benachteiligung“ und „Zwei-Klassen-Agrarpolitik“. EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen warnt dagegen vor übertriebenen Forderungen: „Der Spielraum ist fast vollständig ausgeschöpft“.

Reform der Agrarpolitik

Die durch die Kommission vorgeschlagene stärkere Berücksichtigung der Politiken zur Entwicklung des ländlichen Raums geht für Graefe zu Baringdorf im Ansatz in die richtige Richtung, doch: „Leider war die Kommission nicht mutig genug, für diese Politik den Beitrittsländern wie den Mitgliedstaaten genügend Mittel bereitzustellen. Die Kommission muss die Mitgliedstaaten davon überzeugen, die anstehende Halbzeit-Überprüfung der laufenden Agrarreform zur Korrektur der Agenda 2000 zu nutzen und bereits jetzt eine ökologische und soziale Umwidmung der Direktzahlungen auch in den Mitgliedstaaten in Angriff zu nehmen“.

Ab1
VERLAG

Die Redaktion der Bauernstimme
sucht

Praktikantin bzw. Praktikant

Wir bieten einen praktischen und tatkräftigen Einblick in den Fachjournalismus mit dem besonderen agrarpolitischen Anspruch der Bauernstimme.

Wir wünschen uns einen Menschen mit Blick und Gespür für die Themen und Anliegen von Bäuerinnen und Bauern und mit Spaß am Schreiben und Gestalten. Wir sind ein kleines, motiviertes Team mit viel Freiraum für Eigeninitiative.

Interessierte melden sich bitte per ☎ 02381-492289
oder e-mail: erdmanski@bauernstimme.de

Bundesnaturschutzgesetz nun beschlossen

Viele Neuerungen kommen auf die Landwirtschaft zu. Doch entscheidend bleibt die Umsetzung in den einzelnen Ländern.

Nach Einberufung des Vermittlungsausschusses wurde die Neuregelung des Bundesnaturschutzgesetzes nun doch vom Bundesrat beschlossen. Damit wird auch das Verhältnis von Landwirtschaft und Naturschutz neu geregelt. Vertreter der AbL hatten sich bereits letztes Jahr besorgt über den neuen Ton gegenüber der Landwirtschaft geäußert (Bauernstimme 7/2001 „Naturschutz trumpft auf“).

Die Neuerungen

Wesentliche Neuerungen im Naturschutzgesetz sind:

- Die Länder werden verpflichtet, 10 % ihrer Flächen für einen Biotopverbund unter Schutz zu stellen.
- Die Länder haben eine regionale Mindestdichte von Hecken- und anderen Biotopstrukturen festzusetzen und Maßnahmen zur Neueinrichtung zu ergreifen, wo diese unterschritten ist.
- Die Länder erlassen Vorschriften über den Ausgleich von Nutzungsbeschränkungen in der Landwirtschaft. Damit ist die bundesweite Verpflichtung

zum Ausgleich von Nutzungsbeschränkungen wieder aufgehoben. Aufgehoben wurde auch der Vorrang für den Vertragsnaturschutz.

- Erstmals wird die gute fachliche Praxis im Naturschutzgesetz geregelt.

Zur guten fachlichen Praxis

Das neue Gesetz nennt sieben Grundsätze für die Landwirtschaft. Diese beziehen sich auf eine standortangepasste, nachhaltige, langfristige Nutzung, das Unterlassen vermeidbarer Beeinträchtigungen von Biotopen, den Erhalt von Landschaftselementen zur Biotopvernetzung, ein ausgewogenes Verhältnis der Tierhaltung zum Pflanzenbau, das Verbot von Grünlandumbruch auf bestimmten Standorten, das Verbot einer Übernutzung der Fläche und die schlagspezifische Dokumentation über den Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln.

Neben dem Wegfall der bundeseinheitlichen Ausgleichspflicht, was als Abkehr vom kooperierenden und Wiedererstarken des hoheitlichen Na-

turschutzes interpretiert wird, ereifert sich der Bauernverband (DBV) vor allem darüber, dass nun auch die gute fachliche Praxis der Landwirtschaft durch den Naturschutz bestimmt wird. Doch in diesem Bereich ist das Gesetz bereits gemäß den Empfehlungen des Vermittlungsausschusses angepasst worden. Was die Tierhaltung betrifft, können Kooperationsvereinbarungen zwischen Betrieben und regionale Besonderheiten bei der Umsetzung in Landesrecht berücksichtigt werden, d.h. in der Veredlungswirtschaft kann Gülle auch künftig überbetrieblich in der Region genutzt werden, Intensivtierhaltung bleibt also weiter möglich. Bei der schlagspezifischen Dokumentation ist der Hinweis „nach Maßgabe des landwirtschaftlichen Fachrechts“ ergänzt worden. Die weitere Regelung erfolgt also über einschlägige Verordnungen z.B. die Düngeverordnung. Darüber hinaus ist eine betriebliche Untergrenze von 8 Hektar eingeführt worden. Kleinere Betriebe brauchen lediglich einen Sammelnachweis zu erbringen.

Drei Jahre Zeit

Das neue Naturschutzgesetz gibt den Rahmen vor, den die Bundesländer auszufüllen haben. Sie haben dafür drei Jahre Zeit. Das schwarz-gelbe regierte Hessen ist schon damit beschäftigt, sein Naturschutzgesetz zu überarbeiten, allerdings weniger im Sinne des neuen Bundesgesetzes, sondern hin zu einer Deregulierung des Naturschutzes, Verringerung von Standards. Auch will man den 10 %-Anteil Biotopschutz vorerst nicht übernehmen, da man die vorhandenen Schutzgebiete als ausreichend betrachtet, und der Vertragsnaturschutz soll weiterhin Vorrang haben, mal abgesehen davon, dass die Regierung kaum hinreichend Mittel im Haushalt dafür bereitgestellt hat. Kurz, man wird in Hessen die drei Jahre voll ausschöpfen. Und auch was die Neufassung der Düngerverordnung betrifft, zu der bereits ein Entwurf vorliegt, wollte der Sprecher des Bundeslandwirtschaftsministeriums keine Prognose wagen, wann die Umsetzung in die Praxis erfolgt. *wie*

Fleischindustrie macht Druck

Skandal über mangelhafte BSE-Tests zerstört mühsam aufgebautes Vertrauen

Wie eine heiße Kartoffel ließen die Beteiligten die Verantwortung für den Skandal mit mangelhaften BSE-Tests von einer Hand zur nächsten plumpsen. Verbraucherschutzministerin Künast empörte sich über bayerische Gemüchlichkeit in Bezug auf Meldungen über die Anzahl der betroffenen Fleischpartien und kündigte an die Kosten für das zu entsorgende Fleisch aus der Hungerhilfe nach Nordkorea an Bayern weiterzugeben. Bayerns Verbraucherschutzminister Sinner wies die Schadensersatzforderungen empört zurück und kritisiert die Rot-Grün-Blindheit Künasts, die auf fehlende Ohrmarkennummern der falsch getesteten Tiere aus Rheinland-Pfalz erstaunlich schweigsam reagiere. Der Südfleischkonzern dachte laut über Konkurs nach für den Fall, alleine die Kosten des Skandals tragen zu müssen. Auch Wochen nach der Offenlegung des Skandals über zig-tausendfach mangelhaft auf BSE getestetes Fleisch in Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz bleibt die Frage wie Politiker, Labore und Schlachthöfe so lange unentdeckt lax mit den Tests umgehen konnten.

Abhängigkeit der Labore

Verbraucherschutz werde nicht durch den Namen allein erzielt, spottete die Frankfurter Rundschau. Gut ein Jahr nach der BSE-Krise wirft die staatliche Kontrolle von BSE in einigen Bundesländern unangenehme Fragen auf. In Teilen der Fleischindustrie scheint die Lebensmittelsicherheit immer noch als dehnbare Begriff. Im bayerischen Westheim hatte die Firma Milan 10.000e BSE-Tests in einem nicht zugelassenen Labor durchgeführt. Laut Süddeutscher Zeitung werde das Labor in Fachkreisen auch Südfleisch-Labor mit marktbeherrschender Position genannt. Der Südfleischkonzern hat in Bayern eine Monopolstellung. Den Großteil seiner BSE-Tests ließ der Konzern beim Labor Milan durchführen, das über die massenhaften Tests billiger als Konkurrenzlabore testen konnte. Die Abhängigkeit der BSE-Test-Labore ist groß, die ihren Umsatz mit einem schnellen Durchlauf der Tests erzielen. Jede Stunde, die länger auf unbedenkliche Testergebnisse und die Freigabe des Fleisches gewartet werden muss, kostet die Schlachthöfe Geld. Bei einem unklaren Test-Ergebnis die ganze Partie



Schlachtkörper nicht freizugeben, findet wenig Zuspruch bei den Schlachthöfen. So spricht sich Martin Groschup, Leiter des BSE-Referenzzentrums, dafür aus, Schnelltests nur noch in staatlichen Labors zuzulassen, weil sie leichter zu kontrollieren seien.

Besonders eng an die Südfleisch geknüpft war das Labor Milan. Der Südfleisch Manager Lisicki hat sich nach Angaben der Süddeutschen Zeitung zunächst bei Südfleisch um Kapazitäten der BSE-Tests und die Auswahl des Labors gekümmert. Zum Jahresende wechselte Lisicki dann von der Südfleisch als Geschäftsführer zum Labor Milan in der Hauptstelle der Firma in Passau.

Weitere Testfehler aufgedeckt

Die Staatsanwaltschaft Augsburg hat bei der Überprüfung eines weiteren zugelassenen Testlabors in Bayern etliche Fehler bei der Testdurchführung gefunden: mal lückenhaft dokumentiert, mal keine zweifelhaften Ergebnisse weitergegeben und mal keine auswertbaren Ergebnisse erzielt. Pikant, dass das Labor vorher staatlich kontrolliert wurde, ohne dass es zu Beanstandungen kam. Die Streichung der Exporterstattungen für Rindfleisch und die Zurückhaltung bei den Schlachthöfen werden die Rindfleischerzeuger erneut beuteln. *ms*

IG für gerechte Verteilung öffentlicher Flächen

Über die Subventionierung von Großstrukturen durch den Verkauf öffentlicher Flächen zu verbilligten Preisen in Ostdeutschland ist in der letzten Bauernstimme ja schon berichtet worden. Nun haben 50 Bauern, angeführt von der Abl und mit beträchtlicher öffentlicher Resonanz auf einer Veranstaltung der Abl Mecklenburg-Vorpommern in Lelkendorf beschlossen, eine „Interessengemeinschaft für eine gerechte Verteilung öffentlicher Flächen“ ins Leben zu rufen. Nachdem alle Aktivitäten auf politischer Ebene gescheitert sind, gilt es nun, die Öffentlichkeit zu mobilisieren. Hauptziel der IG ist aber eine juristische Überprüfung der skandalösen Verkaufspraxis verbilligter öffentlicher Flächen, in deren Genuss nach derzeitiger Rechtslage nur etwa ein Drittel der Betriebe gelangen. Welche das vor allem sind, braucht wohl nicht mehr extra betont werden.

*Ansprechpartner der IG: Dr. Jörg Gerke, 18528 Rukieten,
☎ u. Fax: 038453-20400*

Obstbauern verteidigen das Alte Land

Die Obstbauern des Alten Landes haben mit einem 6 km langen Demonstrationszug von 350 Treckern und Marktfahrzeugen die Hamburger Innenstadt dicht gemacht. Bei ihrer Kundgebung vor dem Rathaus protestierten sie gegen die Bedrohung ihrer Kulturlandschaft und ihrer Existenz durch geplante Großprojekte: die Zerschneidung ihrer Höfe durch den Bau der Autobahnen A20, A26 und der Ortsumgehung Finkenwerder, die Deichverlegung Hahnöfersand sowie die Erweiterung des Airbuswerks mitten in das Obstbaugebiet hinein. Sprecher der Bauern und sechs weiterer Organisationen warfen dem Senat vor, längst die Industrialisierung des Alten Landes zu verfolgen. Sie forderten einen Baustopp für die mit umstrittenen Methoden durchgesetzte Verlängerung der Airbus-Landebahn. pm

Weizen – Würste – WTO

Die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) Niedersachsen thematisierte auf ihrer Frühjahrstagung in Verden das Agrarabkommen der Welthandelsorganisation (WTO). Tobias Reichert vom Forum Umwelt und Entwicklung stellte die Entwicklung des Abkommens dar, das erst vor einigen Jahren vereinbart wurde. Im nächsten Jahr wird das Agrarabkommen aller Voraussicht nach neu verhandelt. Besonders die jetzigen Maßnahmen der EU – die sogenannte Agrarförderung mit einhergehenden Flächenstilllegungen – wird von allen anderen Staaten stark kritisiert. Sicherer sind die in der sogenannten „green-box“ produktionsunabhängigen Maßnahmen wie direkte Einkommensbeihilfen, Agrarumweltprogramme oder die Regionalförderung.

Jutta Sündermann von Attac-Deutschland, Verden, stellte ihre Ziele vor. Attac ist eine junge Organisation, die sich kritisch mit der Globalisierung auseinandersetzt, z.B. Devisenspekulation nicht mehr dazu führen kann, dass kleine Länder wirtschaftlich ruiniert werden.

Auf der anschließenden Mitgliederversammlung wurde eine Aktionsgruppe Gentechnik ins Leben gerufen. Angesichts des anstehenden Endes des EU-Moratoriums, das den Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen verbietet, soll die Bevölkerung für eine sichere Ernährung sensibilisiert werden. Ziel muss sein, das Anbauverbot festzuschreiben und auch den Anbau von Gentec-Pflanzen zu Forschungszwecken zu unterbinden, denn auch diese bieten die Gefahr der Auskreuzung.

Wer Interesse hat, bei der Aktionsgruppe Gentechnik mitzuwirken, kann sich bei Monika Baumgartner (0511/7606799) oder Sibylle Bahrmann (05822/2368) melden.

25 Jahre Widerstand gegen Atom

Die Bäuerliche Notgemeinschaft im Wendland kämpft seit Februar 1977 gegen die Atompläne der Bundesregierung und den sog. Entsorgungspark Gorleben, das nationale Atomklo. Die Notgemeinschaft ist ein loser Zusammenschluss von Landwirten aus der Region Lüchow-Dannenberg und inzwischen auch Uelzen und Lüneburg, die aktiv etwas gegen Politiker und Atommafia unternehmen wollen. Allen noch in Erinnerung der legendäre Treck nach Hannover 1979, mit über einhunderttausend Teilnehmern, Konvois nach Magdeburg und Lüneburg und die größte Schlepperdemonstration in der Geschichte der Bundesrepublik, die „Stunkparade“ von Gorleben nach Dannenberg vor dem letzten Castortransport mit 650 Zugmaschinen und geschmückten Anhängern. *Wer den bäuerlichen Widerstand gegen die Atomindustrie unterstützen möchte, kann die Bäuerliche-Solidar-Aktie erwerben. Name, Adresse sowie Verrechnungsscheck schicken an: Susanne Kamien, Lange Str. 47, 29439 Lüchow oder mailen an CASTOR-NIX-DA@t-online.de*

Eine andere Welt ist möglich

Schon zum zweiten Mal trafen sich zum Weltsozialforum im brasilianischen Porto Alegre zigtausend Menschen, um ihre kritischen Forderungen und Positionen zur Globalisierung auszutauschen. Allein von der internationalen Bauern-, Landarbeiter- und Landlosenorganisation La Via Campesina kamen über 2000 Teilnehmer. Das Motto des Forums 2002 war: eine andere Welt ist möglich. Entstanden ist das Forum als Antwort auf das Weltwirtschaftsforum, bei dem Vertreter der globalen Weltwirtschaft in New York zusammen kommen. In Porto Alegre tagte eine bunte Mischung

von Aktivisten, Vertretern aus Politik, Nichtregierungsorganisationen und Basisbewegungen aus über 100 Ländern vom 31. Januar bis zum 5. Februar. In der Abschlusserklärung des Weltsozialforums wird das Recht auf Nahrung für alle, Agrarreformen und Zugang zu Land eingefordert. Gegen den Einsatz von Gentechnik und die Patentierung jeglichen Lebens hat sich ein breites Netzwerk von Organisationen, zu denen auch La Via Campesina zählt, ausgesprochen. Denn genetische Ressourcen bilden alle Formen des Lebens in ihren unterschiedlichsten Ausprägungen, so dass sie nicht patentiert werden können. ms

Gerechte Preise im Mittelpunkt

Nach Berlin möchte ich von hier etwas mitnehmen,“ ungewohnte Töne von einer Bundestagsabgeordneten. Doch Ute Kumpf, SPD-Bundestagsmitglied, erklärte ihren Willen auf der Landesmitgliederversammlung der Abl Baden-Württemberg am 17.02.2002 Neues dazuzulernen. Mitgebracht hatte sie ihre einjährigen Erfahrungen aus dem Bundestagsausschuss für Landwirtschaft und Ernährung. Dass bei der Ernährung der Genuss wieder höher geschätzt wird und dass Menschen sich wieder ein gutes Essen leisten wollen, sind ihre Ziele. Die Landesvorsitzenden Anneliese Schmeh und Josef Bopp begrüßten auch den Bundesgeschäftsführer der Abl, Georg Janßen, in Herrenberg. Er wies darauf hin, dass die Abl 2002 keinen Wahlkampf für die Grünen Renate Künast machen werde. Hingegen stehe an, Vertreter aller Parteien darauf abzuklopfen, wie ihre Positionen zu sozialen Belangen in der Landwirtschaft seien.

Ein weiterer Schwerpunkt der Versammlung war, wie soziale Belange für Bauern

und Bäuerinnen in Europa und der ganzen Welt gerechter gestaltet werden können. Von der globalisierungskritischen Bewegung Attac sprach Bernard Pineau, der plant am internationalen Bauernkampftag am 17. April eine Veranstaltung zum Thema Gentechnik und Ernährungssouveränität zu organisieren. Gerechte und einkommenssichernde Preise für Bauern und Bäuerinnen weltweit forderte Gerard Choplin, Geschäftsführer der europäischen Bauernkoordination (CPE). Die Agrarumweltprogramme und die Modulation seien Nebenschauplätze um den Preissenkungen der Agrarreform 92/2000 zu höherer Akzeptanz zu verhelfen. Doch ob europäisches Fleisch wegen Exportsubventionen oder wegen Direktzahlungen konkurrenzlos billig z.B. nach Lagos exportiert werden könne, so bleibe es weiterhin Dumping. Beihilfen für die europäischen Bauern kämen in erster Linie über niedrige Preise dem Handel und der Agro-Industrie zu Gute. ms



In den Landesvorstand der Abl-Baden-Württemberg gewählt und in die Geschäftsführung ernannt wurden (von hinten links) Mathias Minister, Hedwig Noll, Rolf Holzapfel, Klaus Elble, Georg Bohnet, (von vorne links) Melanie Amrhein, Bärbel Endraß, Stefi Graf, Anneliese Schmeh, Josef Bopp und Albrecht Stiefel.

Europas Justicia wägt noch ab

Nachbau-Verhandlung vor dem EUGH endet zunächst offen

Mit viel Zeit und einer beeindruckend tiefgreifenden Sachkenntnis widmeten sich die Richter des Europäischen Gerichtshofs (EUGH) Ende Februar dem Nachbaugebührenstreit. Sicher nicht zuletzt deshalb, weil ihnen die enorme Tragweite ihrer Entscheidung für die Bäuerinnen und Bauern in ganz Europa bewusst ist, hatten sich die Richter wie auch der Generalanwalt so intensiv mit der Materie auseinander gesetzt. Die Institution des Generalanwaltes ist eine Besonderheit des höchsten Europäischen Gerichtshofes. Er übernimmt in der Verhandlung die Rolle des kritisch Fragenden und prägt damit deren Verlauf entscheidend. Von ihm hängt mit ab, wie es mit Auskunft und Nachbaugebühren in Europa weitergeht. Er befragte ausführlich den Rechtsanwalt der EU-Kommission, der neben den Anwälten der klagenden Saatgut-Treuhandverwaltungs GmbH (STV) und den der beklagten Bauern ebenfalls geladen war, um eine Stellungnahme abzugeben. Dabei ging es vor allem um die Frage, eine wie weit reichende Auskunftspflicht die Kommission mit der Nachbauverordnung eigentlich festschreiben wollte. Soll ihrer Meinung nach jeder Bauer und jede Bäuerin pauschal Auskunft geben müssen, so wie es die STV interpretiert, oder müssen die Pflanzzüchter ihnen die Verwendung der Sorten im Betrieb nachweisen,

bevor sie zu diesen speziellen Sorten dann Auskunft über den Umfang des Nachbaus einfordern können? Im Frage-und-Antwort-Spiel zwischen Generalanwalt und dem Kommissionsjuristen kam heraus, dass die EU-Kommission wohl eher letzteres gewollt habe. Für den Anwalt der STV ist das nicht akzeptabel, da sich die Züchterorganisation nicht in der Lage sieht, bei so einer Auslegung der Rechtslage an die für sie relevanten Informationen zu kommen. Dagegen hielten die Rechtsvertreter der Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugebühren und Nachbaugesetze, dass es für die Pflanzzüchter sehr wohl andere Möglichkeiten gebe, ihre Rechte durchzusetzen. Es gelte für das Gericht im Sinne der Verhältnismäßigkeit abzuwägen, ob man aufgrund einer den Züchtern zugestandenen umfassenden Auskunftspflicht tatsächlich den „gläsernen Bauern“ schaffen wolle oder nicht. 60 noch nicht gläserne Vertreterinnen und Vertreter der Zunft – darunter auch

Belgier und Franzosen – lauschten auf den Luxemburger Zuschauerbänken gespannt den Robenträgern. Am Ende wurde die Fortsetzung der Verhandlung auf den 21. März terminiert. Dann trägt der Generalanwalt seine Zusammenfassung vor und macht unter Umständen einen Vorschlag, wie das Gericht entscheiden sollte. cs



Vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg begann die Verhandlung über die Auskunftspflicht der Bauern gegenüber den Züchtern. Foto: Dohle

Abgespecktes Kooperationsabkommen soll besänftigen

Der Bauernverband legt den Pflanzzüchtern Vorschläge zur Nachbau-Neuregelung vor.

Der DBV hat mit dem BDP die Beratungen über die Fortentwicklung der Nachbauregelung im Kooperationsabkommen sowie über mögliche Alternativen zum gegenwärtigen Verfahren aufgenommen. Ziel des DBV ist es, durch eine vereinfachte Regelung ein neues Signal für eine größere Akzeptanz zu geben. „So beginnt ein bisher noch unveröffentlichtes Papier des Deutschen Bauernverbandes (DBV). Man habe dem Bundesverband Deutscher Pflanzzüchter (BDP) „einen ersten Vorschlag für ein sehr vereinfachtes Verfahren unterbreitet, das auf dem Prinzip der Selbststufung beruht und die erforderlichen Angaben des Landwirts auf ein Minimum beschränkt.“ Es werden also bereits in alter Manier Strippen gezogen, um sich mit den Pflanzzüchtern handelseinig zu sein, bevor das letzte Ge-

richtsurteil gesprochen ist, geschweige denn ein runder Tisch mit allen Beteiligten getagt hat. Zwar soll der Zeitpunkt dieses Vorstoßes zur Rettung des Kooperationsabkommens das DBV-Präsidium nicht gerade in Verzückung versetzt haben – man wolle doch die Luxemburger Entscheidung abwarten – eine erste Vorlage an den BDP bleibt er allerdings doch. Die Botschaft darin lautet: Festhalten an der Auskunft für alle durch ein – stark vereinfachtes – Kooperationsverfahren oder Einführung einer Auskunftsverpflichtung für die Aufbereiter. Jene würde man damit als Saatgut-Stasi missbrauchen. Andere mögliche Szenarien, wie man den Züchtern zu den Nachbaugebühren verhelfen kann, werden im Papier andiskutiert, bedeuten aber in den meisten Fällen einen bürokratischen Aufwand für die Bäuerinnen und Bauern. „Die

bisherige Prüfung der verschiedenen Varianten hat eine Präferenz für das unter 1. beschriebene Vereinfachungsmodell ergeben“, heißt es abschließend. Dass damit den gerichtlichen Bedenken gegenüber des vermeintlichen allgemeinen Auskunftsanspruches der STV kaum Rechnung getragen wird, scheint den Verfassern nicht aufgefallen zu sein. Eher wohl schon dem Vorstand des Landesbauernverbandes in Baden-Württemberg, der „eine von DBV und BDP abgesprochene vereinfachte Abwicklung der Nachbauregelung ablehnt“, so das dortige Landwirtschaftsblatt „BWagrar.“ Zudem fordere man vom DBV die Kündigung des Kooperationsabkommens, „eine Mitwirkung an der Erhebung einer Nachbaugebühr kommt für den Landesbauernverband nicht in Frage“, meldet die Zeitung weiter. cs

■ Nachbau-Betrüger

Weil ein Bauer aus dem niedersächsischen Bassum die Annahme der Nachbauunterlagen verweigerte, ließ ihn die STV wegen Betruges strafverfolgen. Gegen eine Zahlung von 1.200 EUR an die Staatskasse und an das Kinderhilfswerk UNICEF stellte das Amtsgericht Braunschweig das Verfahren vorläufig ein. Die STV kommentierte hämisch „für den Betrag hätte der Landwirt viele Jahre sorgenfrei nachbauen können.“

Obergrenze für US-Agrarsubventionen?

Ein Vorschlag zur Begrenzung von Agrarsubventionen auf 275.000 Dollar pro Betrieb wird laut „Ernährungsdienst“ in den USA diskutiert. Staatliche Hilfen sollten an Bedürftige und nicht an „Reiche und Berühmte“ gewährt werden, meinen viele, seit eine Liste großer US-Farmen mit den empfangenen Agrarsubventionen veröffentlicht wurde (zum Teil jährlich über 1 Mio Dollar). Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Meldung, wonach lediglich 156 Agrarunternehmen mit jeweils weit über 50.000 Mastschweinen die Hälfte des US-Schweinefleisches liefern. Das Wachstum kleinerer Betriebe gehe kontinuierlich zurück. en

Hinweis-Schilder gebraucht

Hinweisschilder an Bundes- und Landesstraßen zu abseits gelegenen Gasthöfen, Hofläden oder Handwerkern sollen nach wie vor abgebaut werden. So (laut Elbe-Jeetzel-Zeitung) die Stellungnahmen von Straßenbauamt und Bezirksregierung Lüneburg bei einer Veranstaltung in Lüchow (Dannenberg). Die anwesenden Betroffenen wiesen darauf hin, dass dieses Vorgehen überhaupt nicht zur Entwicklung von regionaler Direktvermarktung und Tourismus passe. Zwar könne eine generelle Gesetzesänderung zu einem Wildwuchs bei der Beschilderung führen, aber eine neutrale Beschilderungs-Konzeption im Rahmen der Regionalplanung sei angesagt. Der anwesende Abgeordnete Grill erklärte sich bereit, dieses Problem im Petitionsausschuss des Bundestages einzubringen. en

Messerstecherei und Subunternehmer

Bei einer Messerstecherei zwischen 25 ausländischen Arbeitern in der Steinfelder Putenschlachtereier RWS (bei Vechta) wurden fünf Personen verletzt. Im Auftrag zweier Subunternehmer waren die jungen Arbeiter in der Geflügelzerlegung beschäftigt. Der Einsatz von Subunternehmern, die flexibel und zu meist niedrigeren Löhnen ausländische Arbeitskräfte anbieten, sei in Rinder-, Schweine- und Geflügelschlachtereien allgemein üblich, so die Oldenburgische Volkszeitung (OV), zum Beispiel auch beim Marktführer Wiesenhof. Wie die OV meldet, wurde die Messerstecherei denn auch verursacht durch Ängste um den Arbeitsplatzverlust und wegen unterschiedlicher Löhne für gleiche Arbeit. en

Ernte- und Preisversicherung?

Versicherungen für Landwirte sollen nach Vorstellung der spanischen EU-Präsidentschaft zum Bestandteil der EU-Agrarpolitik werden. Wie der „Ernährungsdienst“ berichtet, wird nicht nur an eine Versicherung gegen Ertragsschwankungen, sondern auch an eine Absicherung gegen Preisschwankungen gedacht. Die Kosten sollen demnach jeweils hälftig von Landwirten und öffentlicher Hand bestritten werden, kofinanziert durch die EU. en

Scharfe Ablehnung der Patentierung

Aus Anlass der baldigen Verabschiedung eines neuen Patentgesetzes im Bundestag, das die Patentierung von Pflanzen und Tieren erlaubt, kritisierte der Bauernverband in scharfen Tönen die Pläne: Patente auf Tiere und Pflanzen darf es nicht geben“, betonte DBV-Präsident Sonnleitner. Greenpeace kritisierte währenddessen das Patent der Firma Treetech, dass sich neben der patentierten Pflanze gleich auf den Acker mit erstreckt. pm

Gentechfreies Kroatien

Mit Hinweis auf einen Parlamentsbeschluss für ein „gentechfreies Kroatien“ hat das Balkan-Land jetzt ein Verbot des Anbaus gentechnisch veränderter Pflanzen und eine gesetzliche Einschränkung des Imports von Gentech-Lebensmitteln umgesetzt. Wie das BUNDmagazin berichtet, setzen die USA über die Welthandelsorganisation Länder wie Bolivien, Sri Lanka und Kroatien unter Druck, die gegen grüne Gentechnik sind, z.B. durch die Drohung einer Klage wegen Wettbewerbsverzerrung. pm

EU-Bürger gegen Gentech

Eine Befragung von 16.000 Personen aus 15 Ländern im Auftrag der EU-Kommission hat eine starke Ablehnung gegen transgene Pflanzen ergeben. Laut „Agriholland“ befürchten 60 % negative Umweltfolgen. Nur 15 % der EU-Bürger sehen keine Gefahren durch die „Grüne Gentechnik“. Diese Meinung teilen übrigens auch Höhergebildete, die ansonsten generell neuen technologischen Entwicklungen offener gegenüberstehen. en

KURZES AM RANDE

Ergänzungen aus der Praxis

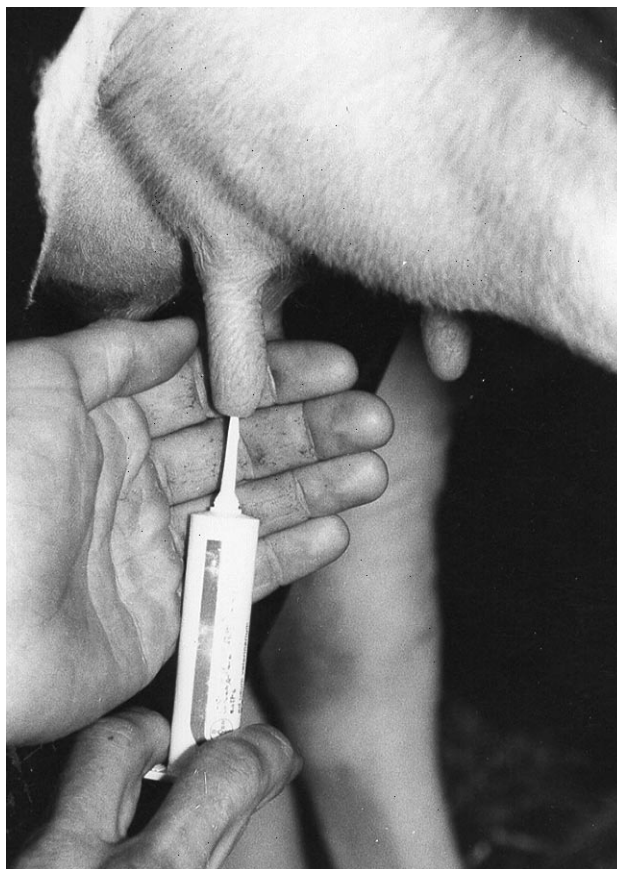
Stellungnahme zur Neuordnung des Tierarzneirechts überreicht

Im Sinne des Verbraucherschutzes ist die Führung eines Bestandsbuches sinnvoll. Doch für die Bauern und Bäuerinnen nachvollziehbarer wäre, statt der Pflicht alle verabreichten Medikamente aufzuzeichnen, nur diejenigen dokumentieren zu müssen, die eine Wartezeit nach der Behandlung nach sich ziehen. Diesen Vorschlag zur Neuordnung des Tierarzneimittelrechts haben im Kreis Gütersloh AbLer, Vertreter der Landwirtschaftskammer und des Kreisbauernverbandes an einem Tische erarbeitet. In ihrem Papier begrüßen sie die Ziele des Gesetzes, wie den Einsatz der Medikamente in der Tierhaltung zu senken und die Beratung durch den Tierarzt zu stärken. Da die genauen Durchführungsregeln des Gesetzes wie eine Positivliste der Medikamente noch nicht endgültig festgelegt sind, finden ihre Vorschläge

Bauern und Bäuerinnen weicht ihr Vorschlag mit vier Wochen von den geplanten drei Wochen ab. Einmalige monatliche Tierarztbesuche um Untersuchungen durchzuführen, Behandlungserfolge zu kontrollieren sowie die Tiergesundheit des Bestandes zu begutachten, erscheinen ihnen ausreichend. Bei diesem Besuch sollen auch Medikamente zur Routineversorgung wie Vitaminversorgung an die Tierhalter abgegeben werden, aber auch Antibiotika für die Behandlung von Euterentzündungen. Welche Medikamente abgegeben werden dürfen, wird ein Knackpunkt des Gesetzes aus Sicht der Bauern werden. Ein Milchviehbauer wird nicht wegen jeder Euterentzündung einen Tierarzt holen, die er mit Antibiotika behandelt. Gerade bei antibiotischen Wirkstoffen sind jedoch die Bedenken aus Verbraucherschutzsicht groß. Denkbar wäre Antibiotika an den Bauern zur eigenständigen Behandlung abzugeben, solange die Krankheitsrate nicht über dem Durchschnitt liegt. Falls im Betrieb dann mehr als ein noch festzulegender Anteil der Tiere Probleme mit Euterentzündungen bekommen, muss eine intensive Bestandsberatung und -kontrolle durch den Tierarzt erfolgen.

In dem Gesetz zum Tierarzneimittelrecht soll die Verabreichung von Medikamenten über das Einmischen ins Futter abgeschafft werden. Die Probleme der Futtermedikation wie Verschleppung der Wirkstoffe über Leitungen kennen die Gütersloher. Doch wollen sie sie nicht ganz verbieten, da sie eine schnelle und umfassende Behandlung ermöglichen. Die Frage hierbei ist, wie bei kleinen und mittleren Schweinebeständen die Behandlung durchgeführt werden kann. In großen Ställen kann über eine zweite Leitung mit Medikamenten versetztes Futter gegeben werden, fall mal eine Influenza ausbricht, in sehr kleinen Beständen kann der Landwirt die Arznei von Hand übers Futter streuen, aber was ist mit den mittleren?

Der letzte Schritt sich darauf zu verständigen, die Vorschläge gemeinsam zu überreichen fehlte dem Kreis aus Gütersloh noch. Doch ihr Ziel ihre Vorschläge so zu gestalten, dass sie für Bauern und Bäuerinnen organisatorisch und ökonomisch vertretbar sind, haben sie schon erreicht. m/s



Wer darf Euterentzündungen mit Antibiotika behandeln, ist die Frage bei dem neuen Tierarzneimittelgesetz. Foto: Archiv

hoffentlich noch ein offenes Ohr bei den Zuständigen im Bundesministerium. Der nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn wurde das Papier im Vorfeld der Jahresmitgliederversammlung der Kreis-Tierzüchtervereinigung aus Gütersloh zugesandt. Dem im Gesetz aufgeführten Vorschlag, einen Betreuungsvertrag zwischen Tierarzt und Hof abzuschließen, schließt sich der Kreis aus Gütersloh an. Bei der Abgabefrist für Medikamente an

enja ausbricht, in sehr kleinen Beständen kann der Landwirt die Arznei von Hand übers Futter streuen, aber was ist mit den mittleren? Der letzte Schritt sich darauf zu verständigen, die Vorschläge gemeinsam zu überreichen fehlte dem Kreis aus Gütersloh noch. Doch ihr Ziel ihre Vorschläge so zu gestalten, dass sie für Bauern und Bäuerinnen organisatorisch und ökonomisch vertretbar sind, haben sie schon erreicht. m/s

Schröder fühlt sich bäuerlicher Landwirtschaft nah

Der Kanzler definiert „Agrarfabriken“ und betont indirekt die Bedeutung der 2. Säule

Auf einer Agrarkonferenz der SPD-Bundestagsfraktion in Sachsen-Anhalt erklärte Schröder, was man sich unter bäuerlicher Landwirtschaft vorzustellen habe: „Eine Produktion, die an die Fläche gebunden ist, also ihr Futter für die Tiere überwiegend selbst erzeugt, die nenne ich bäuerliche Landwirtschaft.“ Dagegen wirtschafteten Agrarfabriken völlig frei von der Fläche und kauften ihr gesamtes Futter zu – „das ist industrielle Landwirtschaft“, so Schröder. Natürlich habe jeder Betrieb Zukauf, aber die Frage sei, in welchem Ausmaß. Das alles sei keine Frage von Betriebsgrößen. „Ich sage also, es gibt industrielle Produktion, und die ist mir nicht so nahe, und es gibt bäuerliche Landwirtschaft“, so der SPD-Chef. Auffällig oft sprach er von „bäuerlicher Landwirtschaft“, von der in seinem Rede-Manuskript noch nicht zu lesen war.

Ausführlich ging er auf die Bedeutung der Landwirtschaft für den ländlichen Raum ein. Er stellte fest, dass der zunehmende Druck zur Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft zu einem Abbau von Arbeitsplätzen führe. Deshalb sei im ländlichen Raum nicht nur die landwirtschaftliche Urproduktion zu betrachten, sondern auch ihr Umfeld. Chancen für Einkommen und neue Arbeitsplätze sah er im vor- und nachgelagerten Handwerk und Gewerbe und für landwirtschaftliche Betriebe besonders in den Bereichen ländlicher Tourismus, regionaler bzw. „direkte“ Vermarktung, erneuerbare Energien und Leistungen für Naturschutz und Land-

schaftspflege. Damit betonte der Kanzler indirekt die steigende Bedeutung der sogenannten 2. Säule der Agrarpolitik.

Schröder ging auch auf den Agrarhaushalt ein. Von EU, Bund und Ländern seien für die Periode 2000-2006 rund 18 Mrd. Euro eingeplant. „Das ist sinnvoll eingesetztes Geld, auch für die Menschen in den Städten“, stellte sich Schröder vor die Landwirtschaft. Damit erkenne die Gesellschaft die Leistungen der Landwirtschaft an. „Wir geben in Deutschland mehr Geld aus für die Landwirtschaft als Frankreich, Italien oder Spanien.“ Aber staatliche Programme seien dann erfolgreich, wenn sie nicht einfach Geld verteilen, sondern wenn sie gesellschaftlich akzeptierte Leistungen abverlangten und einen sinnvollen Strukturwandel förderten.

Schröder wiederholte seine Aufforderung an die Landwirtschaft, „von der Theke her zu denken“. Denn die Sensibilität der Verbraucher wachse. „Nach einer Krise kann man wieder zu alten Verhaltensweisen zurückkehren, nach der dritten Krise nicht mehr.“

An den Deutschen Bauernverband (DBV) gerichtet sagte Schröder,

selbstverständlich sei es Aufgabe des Verbandes, Partikular-Interessen zu vertreten. Es komme aber darauf an, im Dialog mit anderen Interessen aus Politik und Gesellschaft zu einem Konsens zu kommen. Das sei Aufgabe einer vernünftigen Politik. Der Kanzler erklärte seine Zurückhaltung gegenüber dem DBV, die er im letzten Jahr an den Tag legte, aus der Art und Weise, wie 1998/99 die Auseinandersetzung um die Agenda 2000 geführt worden sei. „Doch jetzt reden wir wieder miteinander, und das ist gut so“, so Schröder.

uj

Kanzler Gerhard Schröder erklärte den Unterschied zwischen Agrarfabriken und bäuerlicher Landwirtschaft. Foto: Jasper



Unterwegs im Kampf gegen die Stimmungsmache

Ein Mitarbeiter des Bonner Ministeriums auf einem der vielen Verbandstage

Am Ende des Kreisverbandstages im Ostwestfälischen Höxter-Paderborn spricht die Kreislandfrau ins Mikrofon: „Sie sind einer von uns“. Das war mehr, als derzeit an Anerkennung für einen Vertreter des Bundesministeriums zu erwarten ist. Mit seiner Sachkenntnis und seinem Bemühen um einen sachlichen Dialog schafft es Wolfgang Reimer, dass die 400 Bauern und Bäuerinnen ihm zuhören. Er spricht ihre Sprache, doch redet er ihnen nicht nach dem Mund. Seine Mission ist nicht Ruhe, sondern ein Nachdenken über die weitere Entwicklung der Agrarpolitik und über die Rolle der Landwirtschaft in der Gesellschaft.

Aber bevor das geht, stehen Klagen über Wettbewerbsnachteile für die deutsche Landwirtschaft auf dem Plan. Dafür sorgen schon der angereiste Landesge-

schaftsführer vom Bauernverband und sein Chef-Redakteur vom Wochenblatt. Durch überhöhte Auflagen im deutschen Alleingang wandere Produktion ins Ausland ab, gingen Produktionsanteile verloren, heißt es. „Ja, in einigen Bereichen haben wir Wettbewerbsnachteile, z.B. beim Agrardiesel oder bei Pflanzenschutzmitteln“, so Reimer. In anderen Bereichen aber sehe es anders aus:

„Dänemark und Holland genehmigen seit Juni 2001 keine Schweineställe mit Vollspaltenböden mehr. Wir haben lediglich die Förderung für solche Ställe erschwert.“ Auch bei Umweltvorschriften sei Deutschland nicht überall Vorreiter. Frankreich erhebe eine Gewässerabgabe und ab 2003 eine Abgabe für Betriebe, die keine ausgeglichene Nährstoffbilanz vorweisen. Dänemarks Düngeverordnung

sei um einiges strenger als unsere, und so weiter.

Reimer will damit deutlich machen, dass eine stärkere Berücksichtigung von Verbraucher-, Umwelt- und Tierschutzbelangen in der Agrarpolitik keine deutsche oder gar grüne Idee sei. Sie ziehe sich durch alle nördlichen Staaten der EU, was auch in neuen Papieren aus London oder Paris deutlich werde. Deshalb sei es wichtig, sich heute über die Weiterentwicklung der EU-Agrarpolitik Gedanken zu machen, nicht zuletzt, um mit Angeboten an die Gesellschaft die Agrarhaushalte zukunftsfähig zu machen. Doch für diese Zukunftsdiskussion bleibt heute keine Zeit mehr, so wie schon auf vielen Kreisverbandstagen zuvor.

uj

CDU hält Kurs

Auch unter einem Kanzler Stoiber werde eine CDU/CSU-geführte Bundesregierung sich nicht auf kleine und mittlere Betriebe konzentrieren und dabei Nachteile für größere Unternehmen in Kauf nehmen. Das sagte die CDU-Vorsitzende Angela Merkel dem Informationsdienst Agra-Europe. Merkel sprach sich gegen eine Staffelung der Direktzahlungen nach der Betriebsgröße aus. Der bayerische Agrarminister Miller hatte dagegen bei der Modulation einen Freibetrag von 30.000 € gefordert, so dass Kürzungen vor allem größere Betriebe treffen würde.

Gegen niedrigere Milchpreise

Die bayerischen Milcherzeuger-Gemeinschaften wollen im Jahr 2002 gleich hohe Milchauszahlungspreise wie im Vorjahr durchsetzen. Es gelte, höhere Verwertungszuschläge (über 5,7 Cent) mit den Molkereien auszuhandeln und den Erzeuger-Orientierungspreis zu halten. Laut top agrar haben die Milcherzeuger-Gemeinschaften mit gut 3 Mio t Milch über 40 % der bayerischen Anlieferungsmenge unter Vertrag und damit eine erhebliche Verhandlungsmacht gegenüber den Molkereien. en

Gegen Biomilch-Preisdruck

Für einen stabilen Verkaufspreis bei Biomilch oberhalb von 1 Euro hat sich der Öko-Großhandel Weiling ausgesprochen. Preissenkungen bei Milch als einem Kernprodukt der Bio-Landwirtschaft, so der Branchen-Infodienst BioHandel, gefährdeten die Qualität und ein ausreichendes Familieneinkommen der Biohöfe. en

64 Pfennig

Der erforderliche Milchpreis (Vollkosten) liegt in Betrieben mit 30 Kühen bei 32,6 Cent (63,9 Pf.), in Boxenlaufstall-Beständen mit 60 Kühen bei 30,4 Cent (59,6 Pf.) und in Boxenlaufställen mit 120 Kühen bei 27,9 Cent (54,6 Pf.). Das errechnete laut top agrar der westfälische Kammerberater Thomas Rieger. Abgeleitet wird aus diesen Zahlen die Empfehlung eine Steigerung der Milchleistung und ein weiteres Wachstum. Man könnte aus diesen Zahlen aber zusätzlich einen Schluss darauf ziehen, welchen Milchpreis man agrarpolitisch oder/und durch solidarische Aktionen anzustreben hätte.. gf

10.000 Liter?

„Häufig nur zwei Laktationen und dazwischen Mastitis-, Fruchtbarkeitsprobleme und Stoffwechselkrankheiten: Kühe mit hohen Milchleistungen werden in aller Regel nicht alt.“ Vor diesem Hintergrund forderte Walter Müller (Lehr- und Versuchsanstalt Aulendorf) auf der Tierhaltertagung des Stuttgarter Landwirtschafts-Ministeriums in Leonberg ein optimales Herden-Management, optimales Grundfutter und ein optimales Eiweiß-Energieverhältnis. „Doch mit 40 Kilo Milch ist eine Grenze der täglichen Fütterung erreicht,“ so Müller laut BW agrar. Eine für die Gesundheit der Kühe vertretbare Grenze macht er für Milchleistungen zwischen 8.000 und 9.000 Kilo aus. Möglichst viel Milch zu melken und in Kauf zu nehmen, dass die Kühe nach spätestens zwei Laktationen abgehen, hält Müller für nicht vertretbar. „Damit gelangen die Landwirte in die Schusslinie von Verbrauchern, die so etwas aus Gründen des Tierschutzes nicht mehr akzeptieren.“ Andreas Beck (Milchberatungsdienst Hohenlohe) warnte laut BW agrar vor der Illusion, hohe Milchleistungen von 10.000 Kilo seien ein Garant für hohe Deckungsbeiträge. Die dazu nötige gleichbleibend hohe Qualität des Grundfutters sei auf bestimmten Standorten von vornherein nicht erreichbar. en

Lebensleistungszucht lohnt sich

„Nur 3,6 Prozent der Kühe verlassen altersbedingt den Stall. Achtzig Prozent der heutigen Kühe gehen krankheitsbedingt ab. In den letzten Jahren stiegen die Kuhleistungen um 35 Prozent, gleichzeitig nahmen die Eutererkrankungen um 600 Prozent zu. Viele Dinge sind heute machbar, aber können und sollen für die Kühe Intensivstationsbedingungen geschaffen werden?“ Diese Frage stellte Dr. Günter Postler (Arbeitsgemeinschaft für Rinderzucht auf Lebensleistung) laut BW agrar auf einer Tagung des Landwirtschaftsamts Bad Mergentheim. Zwischen dem durchschnittlichen Erstkalbealter (2,5 Jahre) und durchschnittlichem Abgangsalter (5,2 Jahre) lägen nur 2,7 Nutzungsjahre – bei einer durchschnittlichen Lebensleistung von 15.000 bis 18.000 Kilo Milch fallen laut Postler die Aufzuchtungskosten (1000 bis 1250 Euro) stark ins Gewicht. Weniger weibliche Kälber (bei 2,7 Nutzungsdauer nur durchschnittlich 1,35 zum „Ersatz“ der Mutter) bedeuteten eine geringe Selektionsintensität, der Zuchtfortschritt auf der weiblichen Linie nehme ab. en

Rapsöl-Schlepper-Programm verlängert

Das Landwirtschaftsministerium verlängert das Programm zur Umstellung auf Rapsöl bis zum 30. September 2002. Interessierte Landwirte, die ihre Traktoren drei Jahre lang mit Rapsöl betreiben und dies wissenschaftlich begleiten lassen, können von dieser Förderung profitieren. *Informationen zum sog. 100-Schlepper-Programm gibt es bei der Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe, Hofplatz 1, 18276 Gülzow, ☎ 03843-6930-0, Fax: -102, info@fnr.de, www.fnr.de*

Zulassungs-Lücken

Kritik an der schleppenden Zulassung von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland üben seit längerem landwirtschaftliche Vertreter. Nach Verabschiedung des neuen Pflanzenschutzgesetzes war zunächst eine Übergangszeit beschlossen worden, in der die Zulassung der Mittel nach dem neuen Zulassungssystem erfolgen sollte. Trotz erheblicher Anstrengungen fehlen nun aber vor allem bei Sonderkulturen die geeigneten Pflanzenschutzmittel. Ursache sind langwierige Verfahren, vor allem bei der Festlegung von Rückstandshöchstmengen, aber auch das geringe Interesse der großen Pflanzenschutzhersteller, die Kosten für die Zulassung in „kleinen Kulturen“ (wie Obst, Gemüse, Arznei- und Gewürzpflanzen) aufzuwenden. Diese „Lücken“ in der Zulassung sind für deutsche Erzeuger besonders dramatisch,

weil die fehlenden Mittel in zahlreichen EU-Ländern bereits oder noch zugelassen sind. Gefordert wird deshalb von Erzeugern und Organisationen wie dem DBV eine Verlängerung der Übergangsregelung, gleiche Vorschriften für den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln in ganz Europa und eine europäische Zulassungsbehörde. Sorge und Kritik gibt es auch wegen möglicher neuer Abstandsregelungen zu Hecken, Feldgehölzen oder Säumen beim Einsatz von Pflanzenschutzmitteln. Damit würden gerade die Landwirte belastet, die in der Vergangenheit freiwillig solche Strukturelemente geschaffen und erhalten hätten. Bereits in anderem Zusammenhang wurden flexiblere Vorschriften für die Flächenstilllegung an Gewässern oder sensiblen Randstrukturen gefordert. gf

„Integriert“ in Dänemark: Taten statt Worte

Dänemarks Landwirtschaft unternimmt deutliche Schritte zur Senkung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln (PSM). Wie der „Ernährungsdienst“ berichtet, wurde bereits im Jahre 1986 im Rahmen eines Pestizidaktionsplans eine Halbierung des Einsatzes angestrebt. Dieses Ziel wurde 1997 erreicht, was das gesamte Aktivstoff-Volumen betrifft. Das gleichzeitig angestrebte Ziel einer Senkung der Behandlungs-Frequenz um 25 Prozent auf durchschnittlich 2,0 Behandlungen wurde allerdings erst jetzt umgesetzt. Unter dem Eindruck von Pflanzenschutz-Skandalen und angesichts zunehmender Forderungen nach einer Gesamt-Umstellung auf den Ökolandbau befürworteten 1995 auch die Bauernorganisationen einen wirklich „integrierten Anbau“ (nicht nur mit Worten, son-

dern mit ernsthaften Maßnahmen). Ein „Aktionsplan für eine nachhaltige Landwirtschaft“ hatte bereits 1991 die Buchführung über den Mitteleinsatz verlangt, 1996 stand die Einführung einer Pflanzenschutzmittel-Abgabe auf dem Programm. Sollten die obigen Reduzierungsziele im Jahr 2002 nicht erreicht werden, wird an eine Erhöhung der Abgabe oder an die Einführung eines PSM-Quotensystems gedacht, ebenso an einsatzfreie 100-Meter-Zonen an Wasserläufen. Im Rahmen des „Pestizid-Aktionsplans II“ aus dem Jahre 2000 werden die Anstrengungen der Landwirtschaft durch Beratungs-, Kontroll- und Auswertungsmaßnahmen (für 35 Mio. Euro) begleitet. Laut „Ernährungsdienst“ steht zu erwarten, dass die gesetzten Ziele in 2002 erreicht werden. en

Schächten ohne Betäubung?

In einem Grundsatzurteil hat das Bundesverfassungsgerichts mit Hinweis auf die Religionsfreiheit islamischen Schlachtern unter eng begrenzten Voraussetzungen das Schächten ohne Betäubung erlaubt. Der Islam schreibt vor, dass Rinder und Schafe vor dem Verzehr ausgeblutet sein müssen. An diesem Urteil hat der Veterinär Martin von Wenzlawowicz (Beratungs- und Schulungsinstitut für schonenden Umgang mit Schlacht- und Nutztieren, Schwarzenbek) im „Spiegel“ eine deutliche Kritik geübt. Nach seinen Untersuchungen erleiden Rinder und Schafe auch unter optimalen Bedingungen beim Schächten erheblichen Stress und Schmerz. Selbst bei optimalem

Schnitt durch geübte Personen und optimaler Ruhigstellung der Tiere dauert es nach Durchtrennung der Halsschlagader beim Schaf 14 Sekunden, bis die Blutarmut im Hirn zum Verlust des Wahrnehmungsvermögens führt. Beim Rind seien es sogar etwa 35 Sekunden, weil bestimmte Arterien in der Nähe der Wirbel mit Messern nicht durchtrennt werden, sondern nur beim Abschneiden des Kopfes. Wenzlawowicz weist auf die Bewertung der Azhar-Universität in Kairo, nach der Muslime durchaus Fleisch von betäubten Tieren essen dürfen und fordert zumindest eine Kurzzeitbetäubung von zwei Sekunden vor dem Schächten. en

Eigentlich war er ja noch nicht fertig, der neue Melkstand, aber die 20jährige Anbindeaufstallung, die war fix und fertig. Den Todesstoß freilich versetzte ihr allerdings erst ein Kälteeinbruch, der durch die neue Offentfront ungehindert, sämtliche Wasserleitungen in einer Nacht bersten ließ. In vollem Umfang bemerkbar machte sich dies erst nach einsetzendem Tauwetter. Als wir am Morgen unsere Kühe unter den Schauern vieler Was-

serfontänen entlang der Tränkebecken vorfanden.

Es machte unserem Entschluss demnächst den Melkstand in Betrieb zu nehmen Beine. Gesagt, getan, zum Glück ließen wir uns keine Zeit darüber nachzudenken, wie sich ein erstmals freilaufendes Rind anfangs im Melkstand gebärdet, sofern es ihn betritt, wohlgekerkt.

Befragt man unser Familienoberhaupt, ob er denn heute etwas anders machen würde, nickt er energisch, 'ja, alles!' Wir erlebten kuh in uns vorher unbekanntes Bewegungsvariationen. So hätte ich zum Beispiel nicht gedacht, dass sich ein ausgewachsenes Rind in einer Melkbox umdrehen kann, völlig ignorant durch geschlossene Türen

rumpelt, und zu zweit in 90 cm Gängen rückwärts rutscht. Fehlte noch der Kopfstand.

Wir engagierten also vier weitere benachbarte Freunde als Tür- und Torwächter, um wenigstens den Gegenverkehr im Melkstand zu unterbinden. Bei mehr rück-, als vorwärtsdrängenden Tieren verdächtigte ich mehrmals unseren Monteur als Schuldigen an dem Schlamassel. Hatte er etwa beim Einbau die Richtung verwechselt?

Trotz sorgenvoller Blicke hatten wir uns noch dazu entschlossen, unseren horngeschmückten Fleckvieh-Köpfen selbiges dranzulassen. Der wahre Grund, „es schaut so schön aus“. Daraus ergab sich zwingend notwendig, ruhig Blut zu bewahren, um nicht noch

mehr Unruhe in die aufgeregte Herde zu bringen.

Dennoch konnte ich mir oft ein zähneknirschendes 'du Rindviech' nicht verkneifen, wenn sich ein ebensolches wieder mal in artistischen Künsten probte, anstatt sich den Milchentzug gefallen zu lassen. Immerhin beruhete diese Feststellung auf einer Tatsache, sagte ich mir, und beruhigte so mein Gewissen.

Den Durchbruch zum funktionierenden, und für alle Seiten befriedigenden Melkvorgang brachten dann die eingeführten Getreideschrotgaben im Melkstand, öffnet man nun die Türe, stehen – klapp, klapp, klapp – acht Kühe in den Boxen, und lassen sich das Melken genüsslich kauend gefallen. Nach dem leisen Zischen der automatischen Türöffnung, verlassen sie diese zufrieden wieder, und lassen uns ebenso zurück. Mittlerweile sind sie sogar so schön anzusehen, wenn sie wohlbehornt, rund und sanftmütig einem beim Melken den warmen Atem ins Genick pusten. Sich am Morgen mit heimeligem Gebrumm hochschwingen, oder uns nach ausgiebigem Füttern wiederkauend, edel und gütig mustern, dass es mir im Traum nicht einfallen würde, einen mir ungeliebten Menschen als Rindviech zu bezeichnen.

Dennoch würde diese Feststellung auf keiner Tatsache beruhen, und zum anderen taugt sie auch nicht als Beschimpfung. Das Rind hat nämlich wahre Werte, es braucht nur manchmal etwas länger.

Maria Willeit

Betriebsspiegel:

Bioland Vollerwerbsbetrieb in Oberbayern
30 ha Grünland, 20 ha Ackerland/ Futterbau, und 7 ha Wald
40 Milchkühe (Fleckvieh) mit Nachzucht im Tiefstreuauflast

Freilaufendes Rindviech

Klein und jwd. Viele unserer Urlaubsgäste aus Berlin oder Westdeutschland bewegt als erstes die Frage; wovon leben die Leute hier in dem gottverlassenen Nest? Hier ist ja der Hund begraben, stell dir vor: ein Dorf ohne Gewerbegebiet, lediglich 130 Einwohner, kein eigenes Autohaus, geschweige denn eine Tankstelle oder Kneipe.... Der nächste evangelische Pfarrer wohnt 20 km entfernt, der katholische noch weiter weg – der kennt das Dorf gar nicht.

Viel Wald und viel Gegend, sichtbare Arbeitsplätze sind nicht zu entdecken. Und doch: urigerweise haben alle arbeitsfähigen Leute in Zempow auch irgendwo ihren Job. Uwe wohnt zwei Häuser weiter von mir und arbeitet bei einem kleinen Bauunternehmen aus einer benachbarten Ortschaft. Weil die Bauaufträge regional aber eher sehr begrenzt sind, muss er meistens weit fahren. Zur Zeit geistert er die Woche über mit zwei weiteren Zempowern in Bonn rum – neue Telefonkabel sind dort zu verlegen, aber nach Bonn (600 km) zu fahren heißt von hier aus: Montags früh um 3.00 geht's los und freitags abends um zehn kann man ihn wiedersehen. Thomas, sein Nachbar und Schwager hat bei der Firma seinen Job geschmissen und fest bei der Bahn angefangen: in Hannover, dahin sind es immerhin nur 300 km.

Die Bezahlung ist dafür aber weitaus besser: immerhin Westlohn und die Bahn zahlt wohl pünktlich. Namensvetter Andreas, auch zwei Häuser weiter auf der anderen Seite arbeitet als Spezialschweißer bei einer sächsischen Metallbaufirma. Da er hoch qualifiziert ist, muss er Aufträge in ganz Deutschland und Österreich bearbei-



Zempower Dorfleben

ten. Ein Mann, der jeden Autobahnkilometer kennt in Deutschland.

Und was macht die Landwirtschaft? Obwohl wir in Zempow inzwischen vier registrierte Biobetriebe haben, kann so wie früher nicht mehr alle Welt in der Landwirtschaft arbeiten. Die Leute, die in der früheren LPG („Florian Geyer“) für das Spülen der Milchkannen oder für das Steinesammeln auf dem Acker zuständig waren, sind heute überwiegend in Rente oder Frührente. Immerhin haben fünf jüngere aus Zempow noch ihr Einkommen aus den Bereichen Landwirtschaft und Urlaub auf dem Bauernhof. Die Produktion von Lebensmitteln, die bis vor 12 Jahren ortsprägende Bedeutung hatte, ist heute im Grunde zum Beiwerk geworden. Nach der Wende prägte die

Rinderhaltung, d.h. Mutterkühe, Bullen- und Färsenmast die Landwirtschaft in Zempow. Ich bin nicht der einzige, der dabei über die Zeit viel Kapital und Einkommen verloren hat. Bei der Krise um die Rinderhaltung sind die Biobetriebe nicht ungeschoren davongekommen. Heute ist besonders hier die ökologische Landwirtschaft ein ideales Umfeld für den expandierenden Tourismus.

Landschaftlich eingebettet in die Mecklenburgische Seenplatte gehört das Dorf und die Umgebung Zempows heute zum Naturpark „Stechlin“. Diese Mischung: Naturpark, schöne Seenlandschaft, umweltgerechte Landwirtschaft und die inzwischen sehr attraktiven Angebote der hiesigen Dorftouristik mit ökologisch gebauten Woh-

Betriebsspiegel:

30 ha Landwirtschaft (19 Bodenpunkte), davon 13 ha Grünland, Mutterkühe, Eselzucht, Kleinvieh und 13 Ferienbetten:
www.ferieninzempow.de

nungen, einem Kunstgaleriecafe und einem uralten Autokino noch aus DDR-Zeiten bringt den Erfolg: in den letzten beiden Jahren brachte die Bettenauslastung der Anbieter in Zempow den Kreisrekord! Inzwischen hat sich gerade dieser Bereich so gut entwickelt, dass sich besonders für ortsansässige Frauen einige Arbeitsplätze daraus entwickelt haben. Die eigentliche Landwirtschaft ist dabei nicht unwesentlicher Teil des Gesamtkunstwerkes Zempow geworden!

Andreas Bergmann

Krisensichere Arbeitsplätze durch artgerechte Tierhaltung

Das Agrarbündnis Mecklenburg-Vorpommern fordert ein Investitionsprogramm für artgerechte Tierhaltung. Landwirtschaftsminister Backhaus hatte bei der Errichtung von Großmastanlagen die Schaffung von 1.000 Arbeitsplätzen prognostiziert. Das Agrarbündnis widerlegt diese Prognosen mit einfachen Rechnungen. „In den durchrationalisierten Schweinegroßmastanlagen wird für 3.000 bis 5.000 Mastschweine nur ein Mitarbeiter benötigt. In dem konventionellen Qualitätsfleischprogramm mit artgerechter Tierhaltung "Neuland" kommen auf einen Mitarbeiter nur ca. 500 Mastschweine," so Landwirt Dr. Jörg Gerke, für die AbL im Agrarbündnis, „wobei die Wertschöpfung je Mitarbeiter bei Neuland klar höher ist, als in den Großmastanlagen“. Der Vergleich bei Hühnern und Geflügel fällt ähnlich aus, bestätigt Georg Wilhelm Jahn, der nach dem Demeter-Programm 500 Legehennen artgerecht hält. „Traue keinem Ei unter 25 Cent“ fügt er hinzu und forderte auf der Pressekonzferenz des Agrarbündnisses in Schwerin, die Verbraucher besser über die Zustände in der Tierhaltung aufzuklären, um über den Preis eine zeit- und artgemäße Tierhaltung möglich zu machen. pm

Auslaufhaltung beschäftigt Landtag

Die Stilllegung der Neuland-Schweinehaltung von Bauer Schulz aus Gusborn (siehe Bauernstimme 1/2002) war Anlass für die Grüne Landtagsfraktion im Niedersächsischen Landtag den Antrag „Angemessene Genehmigungsgrundlagen für Auslaufhaltung schaffen!“ zu stellen. Damit wurde erstmals die Aufmerksamkeit eines Landesparlaments auf den kritikwürdigen Behördenspuk gelenkt, dass tiergerechte Haltungsformen mit Stroheinstreu und Auslauf ins Freie immissionsrechtlich wie Ställe mit Spaltenböden, Gülle und Zwangsentlüftung bewertet werden. Und dies, obwohl für die tiergerechten Haltungsformen keine Messdaten vorliegen. Dies kann zu unzumutbaren Benachteiligungen von Landwirten führen, die ihre Tiere so halten wollen. Die grüne Abgeordnete Harms forderte von der Landesregierung diesen Missstand abzustellen und artgerechter Tierhaltung sowie den Bauern, die über diesen Weg eine Qualitätsproduktion beginnen wollen, gleichberechtigte Chancen zu eröffnen. Enttäuschend war das Problembewußtsein von CDU- und SPD-Fraktion. Die CDU will versuchen, die Benachteiligungen – wenn es sie denn gibt – abzubauen und fragt sich, ob nicht bei alternativ wirtschaftenden Betrieben doch mehr Emissionen auftreten. Die SPD sieht die Ursache des Problems in der Veränderung der dörflichen Bevölkerungsstruktur und meint die Lösung in vorausschauender Bauleitplanung zu finden. Der Umweltminister gestand Forschungsbedarf ein. mo

Modulationsgeld für Abstockung von Schweinebeständen in Vechta/Cloppenburg?

Das möchte der niedersächsische Landwirtschaftsminister Bartels gern und hat einen entsprechenden Vorschlag auf Bundesebene gemacht. Zwischen 25 und 50 Euro pro Mastplatz und Jahr, der fünf Jahre frei bleibt, soll gezahlt werden. Ziel: Viehbesatzabsenkung auf 2 GV/ha. Nichts gegen eine dauerhafte Viehabstockung und ein Umbauprogramm für diese Region. Aber riecht dieser Vorschlag nicht stark nach einem gelungenen Coup der Veredelungslobby, nach einem dreisten Griff in die öffentlichen Kassen von einer Branche, die sich im letzten Jahr durch 88,5 % Gewinnsteigerung ausgezeichnet hat, musste sich Bartels vom grünen Abgeordneten Klein fragen lassen. Und welchen Sinn eine solche Abstockungsprämie habe angesichts von Hunderten Anträgen auf Tausende von Mastplätzen, die in dieser Region auf den Tischen der Genehmigungsbehörden liegen. Fragt sich insgesamt, ob sich die EU so umweltgerechte Produktionsverfahren und innovative Ansätze vorstelle, für die Modulationsmittel zur Verfügung stehen sollen. mo

Tierschutz ohne Wettbewerbsverzerrung?

Der niederländische Landwirtschaftsminister Brinkhorst hat angekündigt, eine tiergerechte Haltung und Fütterung durchzusetzen: Unter anderem will er die Käfighaltung von Geflügel und Kaninchen und die Kastrierung von Ferkeln abschaffen. Die Züchtung von Mastrindern mit extrem bemuskelter Hinterhand, deren Kälber nicht auf natürliche Weise geboren werden können, soll verboten werden. Tiertransporte dürfen maximal 8 Stunden dauern. Um den befürchteten Problemen durch Wettbewerbsverzerrungen zu begegnen, schlägt Brinkhorst ein koordiniertes Vorgehen von den Niederlanden, Deutschland und den skandinavischen Ländern vor. en

KURZES AM RANDE

Metzger im Ganzkörperkondom

Wenn man heute ein Rind schlachtet, dann wird es normal geschlachtet wie seither auch: geschossen, gestochen, entblutet, abgezogen, Innereien raus, dann wird abgespalten – und bis dahin ist alles unbedenklich“, berichtet Günter Dihlmann, Ökobauer aus dem Nordschwarzwald. Er hält 120 Rinder. Die Kühe werden gemolken und was nicht zur Zucht taugt, gemästet und geschlachtet – 25 Tiere im Jahr etwa. Vom Stall kommen

kontinuierlich mit diesem laut Gesetzgeber höchst gefährlichen Risikomaterial in Kontakt. Da müsste der Metzger ja im Ganzkörperkondom dastehen.“ Und wenn er an die großen Schlachthöfe denkt, wo sie den Rücken mit der Motorsäge durchtrennen, da mag noch so manches mehr durch die Luft fliegen. Wirklich Sorgen macht ihm die Nachricht, dass es nun Maschinen gibt, die den Wirbelkanal ausfräsen, Kostenpunkt 100.000,- DM.

Große Schlachthöfe mögen die wohl haben. „Aber wenn sie das auch noch beim kleinen handwerklichen Betrieb vorschreiben würden, dann wär's das endgültig“, wird Günter Dihlmann ernst.

Regionale, handwerkliche Strukturen erhalten

Diese Sorge hegt auch Gyso von Bonin, Ökobauer aus dem Sauerland. Bei einer Herde von 50 Milchkühen bringt er im Jahr 14 Tiere zu einem Metzger im Nachbarort, der noch selbst schlachtet. „Diese kleinen Handwerksbetriebe in den Dörfern sind unsere wichtigsten Partner“, resümiert er, „ich kenne den, wir arbeiten zusammen. Das ist überschaubar, das kann ich meinen Kunden vermitteln“. Aber diese Handwerksbetriebe haben es schwer, fürchten neue Auflagen. „Wenn der nicht mehr schlachtet, dann muss ich zum EU-Schlachthof fahren, das sind 100 km. Da muss ich dann auch die entsprechenden Techniken ha-



... dieses höchst gefährliche Risikomaterial. Foto: Jasper

ben, Transportwagen usw.“, folgert Gyso von Bonin, „Wenn diese kleinen regionalen Strukturen wegbrechen, können wir unserem Ziel nicht näher kommen und das ist: kurze Transportweg, Regionalität, Transparenz vom Erzeuger bis zur Ladentheke. Und nur dann finden wir auch das Vertrauen der Verbraucher! Es ist so wichtig, dass die Politik das weiß.“ Oder – um seinen Berufskollegen aus Württemberg zu zitieren: „Da muss man die Künast wirklich auch eh bissle drauf hinweisen, dass Augenmaß auch eine Tugend ist.“ we

die Tiere direkt in den hofeigenen Schlachtraum, keine quälenden Tiertransporte. Der Schwiegersohn ist gelernter Metzger. Wenn das Rind in zwei Hälften gespalten ist, kommt der Veterinär zur Fleischkontrolle. Der Anblick erregt Heiterkeit bis Gruseln. Denn der studierte Mediziner ist gewappnet mit Aids-Handschuhen und Plastikschutz. Er muss das Risikomaterial entnehmen. Günter Dihlmann nimmt es von der humorvollen Seite: „Wir als Metzger spalten die Wirbelsäule der Länge nach durch, da kommt man

Betroffene gesucht

In der Auseinandersetzung über zweifelhafte Probenentnahme für einen BSE-Test sucht der Hof Würstel aus Rheinland-Pfalz Landwirte mit ähnlichen Erfahrungen. Nach einer Probenentnahme im April 2001, die vom Labor als ungeeignet eingestuft wurde, musste die hausgeschlachtete Kuh entsorgt werden. Welche Wege den Verlust des Tieres zu bezahlen haben andere mit Versicherungen oder Kreisveterinären gefunden? Kontakt unter Tel: 06772-94966



Größer und arbeitssparend waren Vorgaben für die Entwicklung der Nutztierhaltung, das spiegelte sich auch in den Leitlinien zur Förderung wider. Ob damit auch Bedürfnissen der Tiere entsprochen wurde, blieb Nebensache. Seit Beginn der BSE-Krise hat sich die Betrachtung der Tierhaltung gewandelt. Bald können Bauern in den Bundesländern bei Stallneu- oder umbauten für artgerechte Tierhaltung zusätzliche Gelder beantragen.



Idyllische und glückliche Schweine und Hühner – das Bild in den Köpfen der Verbraucher deckt sich selten mit der Wirklichkeit in den Ställen. Foto: Archiv

Licht in die Ställe

Weder geplant noch sehr verbreitet. Die Förderung der artgerechten Tierhaltung hatte bislang einen schweren Stand in der EU und auch in der Mehrheit der Bundesländer. In der EU-Verordnung 1257/99 Ländlicher Raum wird sie erst gar nicht erwähnt und nur in wenigen Bundesländern gab es bis vor einem Jahr nennenswerte Förderungen (s. Bauernstimme 01/2001). Allein die Ministerien in Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein nutzten bestehende Spielräume.

Doch Verbraucher und Verbraucherinnen sehen gerne Schweine im Froh und scharrende Hühner, wenigstens auf der Verpackung und in der Werbung. In der BSE-Krise zeigten sich Folgen der immer schnelleren, immer billigeren Tierproduktion. Um Vertrauen der Verbraucher in die Tierhaltung zurückzugewinnen und Alternativen zu der industriellen Logik zu stärken, wendete sich das Künastische Ministerium zunächst der Tierhaltung zu. Nach einem Jahr kommen jetzt die ersten Korrekturen der Ausrichtung der Agrarpolitik auch bei der Förderung an. Die artgerechte Tierhaltung ist ins Blickfeld der Bundesagrarpolitik und Verbraucherpolitik gerückt. Quer zu allen Zeitplänen der EU-Agrarpolitik wurde auf Bundesebene begonnen auszuloten, wie artgerechte Tierhaltung vermehrt in der Förderung berücksichtigen werden kann.

Was gibt es schon?

Möglich sind drei Wege der Förderung. Bei Um- oder Neubauten können artgerechte Ställe bei der Antragsbewilligung bevorzugt behandelt werden. Diesen Weg hatte Nordrhein-Westfalen (NRW) beschritten. Zusätzlich werden die Investitionen in diese Ställe besonders gefördert. Des weiteren können art-

gerechte Stallbauten gefördert werden, indem bei Aufstockungen im Geflügel- und Schweinebereich nur artgerechte Haltungssysteme berücksichtigt werden wie schon in Schleswig-Holstein und NRW praktiziert.

Die dritte Möglichkeit, bislang alleine von Nordrhein-Westfalen genutzt, ist die Förderung der Haltung in artgerechten Strohhäusern über das Festmistprogramm (s. S. 12). Hierbei wird der Umweg über die Agrarumweltprogramme gegangen. Die Tierfreundlichkeit ist nach der geringeren Umweltbelastungen erst das zweite Ziel.

Was ist geplant?

Auf ihrer Dezembersitzung haben sich die Landwirtschaftsminister im PLANAK (Planungsausschuss Agrarstruktur und Küstenschutz) darauf geeinigt, die vorrangige Förderung bei Aufstockungen im Geflügel und Schweinebereich einzuführen, wenn die Ställe besonders artgerecht bzw. den Kriterien der EU-Bio-Verordnung entsprechen. Auch bei Investitionen in Stallneu- und Umbauten werden artgerechte Pläne besonders gefördert. (s. S. 14). Doch der Rahmenplan des PLANAK muss noch von der EU bewilligt werden.

Angedacht ist einen Teil der über die Modulation frei werdenden Gelder auch für besonders tiergerechte Haltungsformen einzusetzen. Genannt wurde dabei schon einmal das nordrhein-westfälische Festmistprogramm. Denn die Gelder der Modulation müssen für neue Maßnahmen ausgegeben werden. Fast schon ein Glücksfall, dass bislang nur ein Land die umwelt- und tierfreundliche Strohhaltung durch eine Förderung stärken wollte. Entschieden ist über die Verwendung der Gelder noch nichts.

Was ist tiergerecht?

Als in Berlin die Verhandlungen mit den Zuständigen des Bundes und der Länder über die Förderung begannen, gab es skeptische Blicke, wie streng die Art-

gerechtigkeit wohl definiert werden würde. Im Zwiespalt, dass die Hürde nicht so hoch liegen soll, dass kaum Höfe daran teilnehmen werden und dass bei zu laxen Grenzen kaum noch von Tiergerechtigkeit gesprochen werden kann, hat der PLANAK je nach Tierhaltungsrichtung genau unterschieden (s. S. 14). In der Milchviehhaltung, in der schon vor Jahren Licht, Luft und ausreichende Bewegungsmöglichkeiten Einzug in die Ställe gefunden haben, entsprechen die Ställe in vieler Hinsicht den Ansprüchen der Tiere. Einige zusätzliche Kleinigkeiten bei den Ställen reichen, um als besonders artgerecht gefördert zu werden.

In der Rindermast und in der Mastschweine- bzw. Sauenhaltung sieht es anders aus. Hier fehlen in den üblichen Ställe häufig Angebote an Beschäftigungsmöglichkeiten, ausreichend Tageslicht und ausreichend Platz, um sich bewegen oder ausweichen zu können. Als in Nordrhein-Westfalen in den Entwürfen zu Schweine- und Sauenhaltungsverordnung 3 % der Stallgrundfläche als Fensterfläche für Neubauten eingeführt werden sollten, gab es lauten Protest dagegen. Wenn alleine die Forderung nach Licht und Luft in den Ställen noch auf soviel Widerstand stößt, ist der Weg für eine Akzeptanz für eine Verbesserung der Haltungsbedingungen die sich nicht an der Senkung der Produktionskosten sondern am Wohlbefinden der Tiere orientiert noch weit. *ms*

Förderung: artgerechte Tierhaltung

Diese Sonderseiten werden im Rahmen des AbL-Projekts „EU-Instrumente zur Förderung klein- und mittelbäuerlicher Betriebe“ erstellt. Das Projekt wird von der EU unterstützt. Redaktion: Alexandra Burmann
Tel: 02381-9053170, Fax: 02381-492221



Mit Stroh voran

Finanzielle und politische Anerkennung für Tiere auf Stroh gibt es in Nordrhein-Westfalen

Die Strohernte macht viel Arbeit, Festmist ist aufwändiger auszubringen als Gülle und von der Zeitersparnis im Stall braucht man erst gar nicht zu reden. Bezahlt wird die Mehrarbeit meist nicht. Stroh – das riecht schon fast rückwärtsgewandt. Im Spätsommer 2000 legte die nordrhein-westfälische Landwirtschaftsministerin Bärbel Höhn das bundesweit einmalige Festmistprogramm auf. Endlich gab es eine Förderung für die aufwändige Tierhaltung, die für Bauern und Bäuerinnen mehr Arbeit, für Tiere und Umwelt jedoch viele Vorteile bedeutet. Jahrelang als Liebhaberei und bestenfalls als tierfreundlich von Kollegen und Beratern belächelt, gab es damit für die Festmisthaltung eine politische Anerkennung. Das Beharren der Bauern und Bäuerinnen darauf, dass die Tiere im Stroh gut gedeihen, Aussagen von Beratung und Forschung ignorierend, bekam seit Jahr-

zehnten zum ersten Mal wieder eine öffentliche Bestätigung. Und dazu auch noch Geld.

Verbessert Humusgehalt

In der Förderrichtlinie des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (MUNVL) werden vor allem die Umweltwirkungen der Festmistwirtschaft hervorgehoben: Festmist verbessert den Humusgehalt der Böden, die Geruchsbelastung ist geringer und die Nitratlast sind niedriger als bei der Güllewirtschaft. Mit dieser Begründung hat es das MUNVL erreicht die Festmistwirtschaft als artgerechte Tierhaltung über die Agrarumweltprogramms fördern zu lassen, die von der EU kofinanziert werden.

Bis auf Milchvieh stehen die Anforderungen für die Teilnahme am Programm deutlich über den weit verbreiteten Ställen. Für Schweine und Sauen heißt Strohhaltung zunächst die Möglichkeit sich zu beschäftigen, zu wühlen, Raufutter aufnehmen sowie eine weiche Liegefläche nutzen zu können. Mastriender haben mehr Platz, können zusätzlich Raufutter aufnehmen und rutschen nicht auf glatten Spalten.

Mehrerlös ist drin

Die jahrelange Entwicklung in Richtung Güllewirtschaft hat die Zahl der Betriebe schrumpfen lassen, die noch die Tiere eines ganzen Betriebszweig auf Stroh halten. Nach Auskunft des Ministerium haben über 1.400 Betriebe für über 52.000 GV Fördermittel bezogen. Das sind zum einen Nebenerwerbsbetriebe, mit einigen Mastbullen oder Schweinen auf Stroh, und zum großen Teil Öko- oder Neuland-Höfe. Von den geförderten Neuland-Betrieben halten die meisten Schweine oder Sauen, bei den Öko-Betrieben



Artgerecht mit Ringelschwanz: In einer Kampagne weist Neuland darauf hin, dass in Ställen ohne ausreichende Beschäftigungsmöglichkeiten, den Schweinen die Schwänze kuptiert werden, damit sich die Tiere diese nicht gegenseitig abbeißen.
Foto: Biennerth

gibt es auch viele Milchviehhalter. Bei beiden Bewirtschaftungsformen kann der Mehraufwand auch über höhere Preise in Mehrerlös verwandelt werden. Knackpunkte bei der Förderung ist die Voraussetzung alle Tiere des Betriebszweigs auf Stroh zu halten. Ein Bauer, der den Großteil seiner Mastschweine auf Stroh stehen jedoch auch noch einen Stall mit Spalten hat, kann nicht an dem Programm teilnehmen. Auch sauenhaltende Betriebe, die während der Gruppenhaltung der niedertragenden Sauen diese auf Stroh stellen, gehen alle leer aus. Wieviel Möglichkeiten die Bundesländer haben Agrarpolitik zu gestalten, hat NRW mit dem Programm deutlich gezeigt.
ms

Festmistförderung:

Für die Haltung von Milchvieh, Mutterkühen, Mastriender, Mastschweinen oder Sauen auf Stroh kann in Nordrhein-Westfalen Förderung beantragt werden. Voraussetzung ist, dass alle Tiere des Betriebszweigs auf Stroh stehen und der Flächenbesatz unter 2 GV liegt. Der Mist muss einmal jährlich untersucht werden.

Um über das Agrarumweltprogramm fördern zu können, werden die Tiere zunächst in Großvieheinheiten umgerechnet, die GV werden dann mit dem Flächenfaktor 0,5 ha multipliziert. Gefördert wird dann je ha (und nicht je Tier) mit 153 EUR.

Informationen: bei den Landwirtschaftskammern oder in der Broschüre „Das NRW-Programm Ländlicher Raum“ vom Ministerium.

Steiniger Weg des Stallbauantrags

Erfahrungen auf dem Hof Hartmann mit der einzelbetrieblichen Förderung für artgerechte Tierhaltung

Im Frühjahr 1996 kamen meine damalige Freundin, jetzige Frau, und ich, beide nach unserem Studium der Landwirtschaft bzw. Landschaftsplanung, nach Haarbrück zu meinen Eltern auf den Hof. Ich hatte den Hof damals bereits gepachtet. Für uns war klar, dass auf dem Betrieb einiges bleiben konnte, wie es war, etliches jedoch verändert werden musste. Die erste Veränderung hatten wir bereits im Juli 1995 vorgenommen. Unser Betrieb wurde auf biologischen Landbau umgestellt und wir traten dem Bioland-Verband bei.

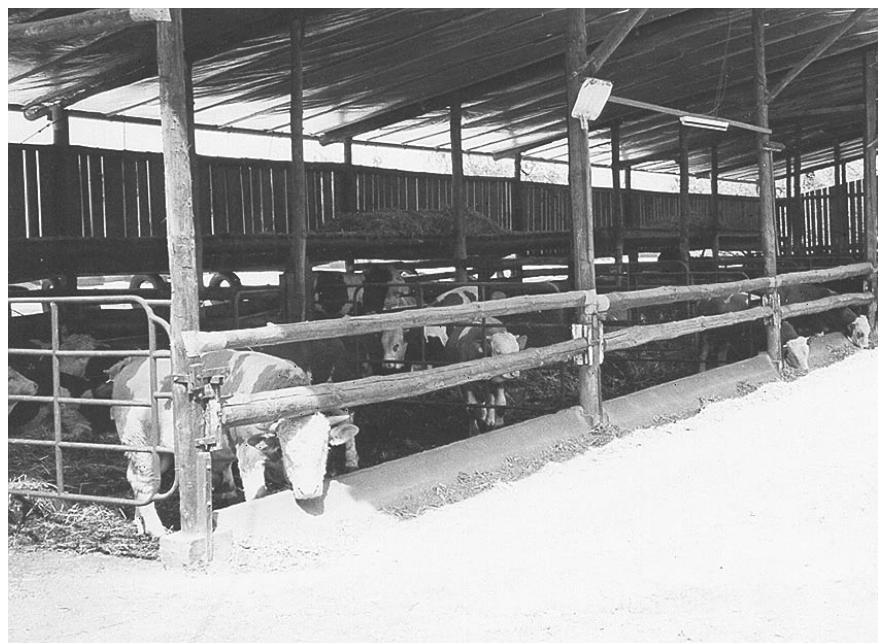
Neue Ausrichtung des Hofes entwickelt

Neuland-Betrieb waren wir bereits seit 1990, so dass wir erste Erfahrungen im Bereich Vermarktung gesammelt hatten. Zusammen mit zwei anderen landwirtschaftlichen Betrieben und einem Metzger vor Ort hatten wir einen Verkaufswagen in Gang gebracht und fuhren die Märkte des Kreises Höxter mit

unseren Neuland-Produkten an.

Im Frühjahr 1998 reichten wir bei der Landwirtschaftskammer Münster mit der Kreisstelle in Brakel (Kreis Höxter) unseren Antrag zur einzelbetrieblichen Förderung ein. Vorweggegangen waren mehrere Treffen mit der Landwirtschaftskammer, auf denen der sogenannte Betriebsentwicklungsplan aufgestellt wurde.

Zusammen mit dem Wirtschaftsberater kamen meine Frau und ich zu dem Entschluss, unseren Betrieb nicht weiter im Milchbereich zu entwickeln, sondern



Um Mastriender auf Stroh gefördert zu bekommen, reichte Hubertus Hartmann seinen Antrag gleich dreimal ein.
Foto: Archiv

in die Mutterkuhhaltung zu investieren. Grundlage für diese Entscheidung war, dass wenn im Milchbereich investiert werden sollte, erst noch durch Zukauf die Milchquote aufgestockt werden musste. Außerdem verfügte unser Hof über 20 ha natürliches



Umstellung der Käfighaltung wird unterstützt

In der Legehennenhaltung folgen nach strengen Auflagen nun auch Förderungen für die Umstellung

Noch bevor der Aufschrei der Eierindustrie in den Ohren verhallt ist, die Eierproduzenten würden mit ihren Käfigen ins Ausland abwandern, kündigte Bayern schon ein Umstellungsprogramm für artgerechte Tierhaltung (ByPaT) an. Darüber wird unter anderem der Umbau zur Freiland-, Boden- und Volierenhaltung von Legehennen gefördert. Ebenso bekommen Landwirte, die sich mobile Ställe für die Freilandhaltung anschaffen wollen, Unterstützung. Auch Renate Künast, Bundeslandwirtschaftsministerin, plant für 2002 eine Förderung für die frühzeitige Umstellung von Legehennenbetriebe auf artgerechtere Haltungsformen mit Käfigen, wie sie in der neuen Legehennenverordnung festgelegt wurden. Ziel ist nicht die Verbesserung der Agrarstruktur sondern die der Haltungsbedingungen für die Tiere. Viele der Legehennenbetriebe mit Käfighaltung sind hochspezialisiert, haben wenig Fläche und geraten durch die neuen Vorgaben unter Druck. Das Bundesprogramm zur Förderung tiergerechter Haltungsverfahren soll ihnen erleichtern, notwendige Umbauten anzugehen. Konsequenter bringt Renate Künast damit die Interessen des Tierschutzes voran. Als Erstes nutzt sie ihre politische Ordnungsmacht, um den Ausstieg aus der Käfighaltung einzuleiten. Anschließend bringt sie eine Förderung auf den Weg Hennenhalter bei der Umstellung zu unterstützen. Zweitens können über das Agrarinvestitionsförderprogramm (AFP) der Umbau und Neubau von Boden- und Freilandhaltung von Hühnerställen gefördert werden (s. S. 14). Das ByPaT strebt unter anderem Namen das Gleiche an, mit dem Vorteil früher an die Öffentlichkeit getragen worden zu sein. Allerdings hat der begrüßenswerte bayrische Vorstoß den Haken, dass das ByPaT nur für ein Jahr aufgelegt ist. Anfang Januar noch nicht von der EU genehmigt, wird die Zeit für die Bauern innerhalb eines Jahres die Entscheidung



Gelockt werden nicht nur Hühner. Für Höfe, die ihre Hennenkäfighaltung umstellen wollen und neu in die Boden- und Auslaufhaltung von Hennen einsteigen wollen, gibt's sowohl vom Bund als auch vom Land Bayern Förderprogramme. Foto: Biennerth

für eine so hohe Investition und die anschließende Planung und Antragsstellung bis zum 31.12.2002 anzugehen knapp. Drittens stärkt sowohl Renate Künasts als auch Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Müller die artgerechte Legehennenhaltung, indem sie nur bei ökologischer Wirtschaftsweise, Boden- oder Freilandhaltung die Aufstockung bzw. den Neueinstieg in der Legehennenhaltung zulassen wollen.

Bayern und der Bund wetteifern schon fast miteinander, wer schneller das beste Programm auflegt. Die inhaltlichen Unterschiede der Förderungen sind gering. Profitieren können von dieser Konkurrenz die Bauern, die ihre Ställe tierfreundlicher bauen wollen und die Tiere, die mehr Platz bekommen. ms

Bayerisches Programm unter www.stmlf.bayern.de/ (ByPaT) sowie spezielle Informationen zur Legehennenhaltung unter www.bmvel.de (unter Landwirtschaft suchen).

Grünland. Konkret: Wir wollten nicht etliche Hunderttausend DM investieren, um dann erst richtig arbeiten zu können. Wir planten stattdessen einen Tretmiststall mit Offenfront für ca. 58 Tiere.

Der Antrag wurde eingereicht, undabgelehnt. Die von uns angegebenen Verkaufserlöse und weitere Annahmen unseres Antrags wurden in Münster nicht akzeptiert. Die Absicht des nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministeriums artgerechte Tierhaltung bei Stallbauten bevorzugt zu fördern, fand in der Antragsbearbeitung bei der Kammer keine besondere Bedeutung.

2. Versuch: Der Antrag wurde umgestellt. Aus Mutterkuhhaltung wurden 58 Mastrinder, aus 50 Mastschweineplätzen wurden 100 Plätze undabgelehnt. Rentabilität angezweifelt, Lebenshaltungskosten zu gering veranschlagt, Pachtpreis zu hoch!

Antrag abgelehnt

Jetzt wurde es ernst. Bei einer dritten Ablehnung würde unser Antrag nicht mehr geändert werden können, sondern er wäre end-

gültig abgelehnt. Ich beschloss neben den Kontakten zur Landwirtschaftskammer nunmehr auch das Landwirtschaftsministerium in Düsseldorf einzuschalten. Gerade artgerechte Tierhaltung sollte ja gefördert werden und ich verstand die Welt nicht mehr, da ich genau dieses ja auch wollte, in Münster allerdings auf Ablehnung stieß. Der Bio-Berater der Landwirtschaftskammer Münster wurde hinzugezogen, um dem Gutachterausschuss in Münster aufzuzeigen, dass die von uns in Ansatz gebrachten Erlöse im Bio-Bereich durchaus zu erzielen sind.

Und esklappte.

Betriebsspiegel 1995

20 Milchkühe
10 Sauen
50 Mastschweine
25 ha Ackerland
20 ha Grünland

Betriebsspiegel 2002

58 Mastrinder
10 Sauen
80 Mastschweine
30 ha Ackerland
25 ha Grünland

Hof mit Zukunft aufgebaut

Die Freude auf unserem Hof war groß. Wir konnten nun mit dieser Investition unserem Betrieb eine neue Richtung geben und ihn hiermit, so hoffen wir, langfristig in seiner Existenz sichern. Zwischenzeitlich hat meine Frau zusammen mit einer Bäuerin in der Nachbarschaft, unseren Neuland-Verkaufswagen zu einem BIOBAUER-Verkaufswagen gemacht. Wir vermarkten nun einen Teil unserer erzeugten Tiere über diesen Verkaufswagen.

Durch diese einzelbetriebliche Förderung hat sich doch einiges mehr auf unserem Betrieb geändert, als wir zu Beginn erwartet hatten. Aus einem Betrieb, der seinen Schwerpunkt in der Milchproduktion hatte, ist nunmehr ein Betrieb geworden, der sich in der Direktvermarktung ein Standbein aufgebaut hat. Die einzelbetriebliche Förderung hat einen nicht unerheblichen Anteil an diesen Veränderungen ermöglicht.

Hubertus Hartmann



Fördermittel für artgerechte Ställe

Neue Regelungen fürs Zinsverbilligungen und Zuschüsse für Stallneu- und Umbauten beschlossen.
Erstmals werden bundesweit artgerechte Ställe gefördert.

Das Agrarinvestitionsförderungsprogramm (AFP) ist das bedeutendste Förderprogramm im Bereich Tierhaltung. Die letzte Fassung des PLANAK (Planungsausschuss Agrarstruktur und Küstenschutz) vom 6.12.01 wurde von Bund und Ländern verabschiedet, muss aber noch durch die Europäische Kommission genehmigt werden. Die Bundesländer können die Fördervergabe im einzelnen festlegen. Neu im Vergleich zum Vorgängerprogramm ist der Abschluss bestimmter Intensivhaltungssysteme, die Festlegung von Mindestanforderungen an die förderfähigen Systeme, und dass auch Investitionen im Geflügelbereich möglich sind.

Zuschussförderung

Die Förderung erfolgt wie bislang in Form einer Zinsverbilligung von bis zu 5 % für Kredite. Diese Zinsverbilligung kann auch als einmaliger Zuschuss ausbezahlt werden. Es wird unterschieden zwischen „kleinen Investitionen“ (10.000 - 100.000 €; bisher „Agrarkredit“) und „großen Investitionen“ (50.000 - 1.250.000 €; bisher „kombinierte Investitionsförderung“), letztere mit höheren Fördersätzen und höheren Anforderungen an die Antragssteller (Fachausbildung, Investitionskonzept, Eigenkapitalbildung). Bei den großen Investitionen kann zusätzlich ein Zuschuss von bis zu 30.000 € gezahlt werden, wenn die Anforderungen an die „besonders tiergerechte Haltung“ erfüllt werden. Bestandsaufstockungen bei Schweinen können nur in Ausnahmen gefördert werden. Bei Legehennenhaltung ist hingegen eine Aufstockung oder auch ein Neubeginn möglich.

Eine wichtige Regelung im AFP ist, dass Betriebe mit mehr als durchschnittlich 2,0 GV/ha nur noch bei Vorlage einer ausgeglichenen Nährstoffbilanz gefördert werden können (Hoftorbilanz wie in der Düngerverordnung).

Bei Neubauten werden Anbindeställe für Rinder, Vollspalten für Rinder und Schweine und Käfighaltungen für Legehennen nicht mehr gefördert. Umbaumaßnahmen in solchen Stallungen können aber gefördert werden, wenn dadurch Tier- und Umweltschutz verbessert werden. Bei Legehennen kann nur für die Verbesserung von Belüftung und Tageslichteinfall Förderung beantragt werden.

Höheres Platzangebot für Mastrinder

Die Anforderungen an die „besonders tiergerechte Haltung“ bei Kühen und Jungrindern sind nicht besonders schwer umzusetzen und gehören bei Neubauten heute fast schon zum Standard (mind. 5 m² Stallfläche/GV, je 1 Liege-/Fressplatz je Tier, eingestreuter Liegebereich oder Komfortmatten). Die bei Mastrindern geforderten Platzangebote liegen mit 3,5 bzw. 4,5 m² je Tier unter bzw. über 350 kg aber deutlich höher als die Praxis in den Vollspalten mit 2,0 - 2,5 m² je 600 kg-Bulle. Hier wird ebenfalls ein „weicher“ Liegebereich gefordert. Die bislang angebotenen Gummiauflagen für Spaltenböden haben eine Stärke unter 2 cm und sind damit noch recht



Der Blick auf und in die Ställe hat sich gewandelt.

Foto: Dettmer

hart. Mit weicheren Auflagen liegen aber keine Erfahrungen vor. Ein Umbau von Vollspalten kann geschehen, indem weniger Tiere je Bucht gehalten werden und ein Teil der Spalten mit Auflagen abgedeckt wird. Ein Umbau mit Einstreu im Liegebereich ist z.B. möglich, in dem die Tiere auf den Spalten fressen und an den Stalllängsseiten einfache Liegeflächen angeschleppt werden, evt. auch mit dazwischenliegendem Laufhof.

Sau muss sich drehen können

Bei Schweinen wird entweder Einstreu im Liegebereich oder eine Komfortliegefläche (mit zusätzlicher Beschäftigungstechnik) gefordert; es sind aber auch Spalten bis 10 % der Fläche möglich. Erfahrungen mit weichen Liegeflächen auf Spalten liegen kaum vor; diese werden zum Teil von den Schweinen auch angeknabbert. Die Gruppenhaltung von Sauen wird gefordert; dies enthält aber bereits die EU-Richtlinie. Im Abferkelstall wird ein Umdrehen der Sau gefordert. Dies ist vom Gesichtspunkt der Tiergerechtigkeit begrüßenswert, die Erfahrungen mit dem freien Abferkeln sind in Deutschland aber noch begrenzt. Allerdings liegen langjährig gute Erfahrungen aus der Schweiz und aus Skandinavien vor. Die geforderten 1,0 m² je Mastschwein und 3,0 m² je Sau bedeuten ebenfalls Erhöhungen gegenüber dem Praxisüblichen. Im Prinzip kommen ähnliche Umbaumaßnahmen wie bei den Mastrindern in Frage.

Besatzdichten gesenkt

Für Legehennen wird bei Bodenhaltung ein Kaltscharraum von ein Drittel der Stallfläche gefordert, und bei Freilandhaltung ein Dachüberstand von 2 m. Derartige befestigte Kleinausläufe haben sich gut bewährt, fördern Verhalten und Gesundheit der Tiere, und sind auch kostengünstig nachzurüsten. Ferner werden über den Auslauf verteilte Unterschlupfmöglichkeiten mit 350 cm² je Tier gefordert, was immerhin eine Fläche von 35 m² bei 1.000 Hennen bedeutet. Sinnvoll ist dies jedoch, um die Tiere – und damit ihren Kot – besser über die Fläche zu verteilen, und somit die Grasnarbe und ihren Futterwert zu erhalten. Beim Mastgeflügel wird bei Puten ein Kaltscharraum gefordert und bei Enten und Gänsen ein Grünauslauf mit 2 bzw. 4 m²/Tier). Die max. Besatzdichten im Stall sind bei Puten 35 bzw. 40 kg/m², bei Enten und Hähnchen 25 kg und bei Gänsen 30 kg, was zum Teil deutlich niedrigere Besatzdichten als in der Intensivmast bedeutet. Für Schafe und Ziegen gibt es ebenfalls spezielle Anforderungen. Bei allen Tierarten wird Tageslichteinfall mit 3 - 5 % Fensterflächenanteil an der Grundfläche gefordert. In vorhandene Ställe müssten also teilweise Fenster gebrochen werden.

Fazit

Insgesamt erlauben die vorgelegten Bestimmungen eine deutlich stärkere Ausrichtung auf tiergerechtere und umweltschonendere Systeme als bislang. Für die Erzeuger kann dies aber mit Mehraufwendungen bei Investitionen (geringere Besatzdichte) oder Arbeit (Einstreu) verbunden sein. Mit den Programmen können allerdings Betriebe auch Zuschüsse erhalten, die vorhandene Intensivsysteme umbauen wollen oder müssen (z.B. nach der EU-Öko-Tier-Verordnung).

Dr. Bernhard Hörning, Fachbereich Ökologische Agrarwissenschaften, Universität Kassel, Nordbahnhofstr. 1 a, D-37213 Witzenhausen

Weitere Informationen:

Nähere Informationen: zu den Fördermodalitäten bei den Landwirtschaftsämtern/-kammern; – Text des Agrarinvestitionsförderungsprogrammes (AFP) im Wortlaut unter www.dainet.de/bml/gak/index1.htm; gut verständliche Zusammenfassung unter www.lwk-hannover.de (unter Förderung).

– **Stallbauberatung:** Beratung Artgerechte Tierhaltung e.V., PF 1131, D-37201 Witzenhausen, Tel. 05542-72558 (www.bat-witzenhausen.de), dort auch Buchkatalog zum Thema; Dr. Friedel Deerberg (speziell Hühnerhaltung), Kirchplatz 4, 37249 Neu-Eichenberg (www.oeko-berater.de)

– **Literatur:** Rinderstallbau, Stocker Verl.; Sonderhefte von top agrar und dlz zu Kuh- bzw. Rinderställen; Ökologische Schweine- bzw. Hühnerhaltung, Bioland Verlag; Alternativen in der Schweine- bzw. Geflügelhaltung, Ulmer Verlag

Sicher Auftreten

Zum zweiten Mal traf sich ein Kreis interessierter Frauen zur Fortbildung.

Entstanden war die Idee einer AbL-Frauentagung unter dem Motto „Wir Frauen stärken uns“ vor zwei Jahren auf der Zukunftskonferenz. Unter der Überschrift, „Erfolgreich auftreten und überzeugen; Moderne Präsentationstechniken und Netzwerkarbeit für Frauen“ stellte Sozialpädagogin Böhmer anhand von Checklisten die wichtigsten Punkte für Vorträge und Verhandlungen zusammen. Die zentrale Fragestellung lautete: Wie können sich Frauen stärker in die Verbandsarbeit einklinken und wie gestalten sie öffentliche Auftritte so, dass ihr Anliegen ernst genommen wird? Darf es in meinem Vortrag Wissenslücken geben, wie gehe ich mit Dauerstören in der Gruppe um, welche Vorkenntnisse hat mein Publikum? Dies sind nur einige Fragen, die ich vor meinem Auftritt klären sollte, um die Präsentation souverän zu beherrschen.

Auf Publikum einstellen

Denn häufig kommt der Inhalt einer Präsentation nicht so an wie gewünscht, weil man sich nicht richtig auf das Publikum eingestellt hat, bzw. der eigene Auftritt nicht gründlich genug vorbereitet wurde. Viele kennen zudem das Problem gerade in der landwirtschaftlichen Verbandstätigkeit als Frau nicht ernst genommen zu werden.

Oder frau muss als Außenseiterin ihre Position vor einem Publikum vortragen. Da kommen häufig emotionale Angriffe, die einschüchtern, oder frau wird so in Rage gebracht, dass sie den Faden verliert.

Frau Böhmer gab Denkanstöße, wie man solche Attacks durchschaut, dem Gegenüber pariert, und es schafft, durch Witz und Geistesgegenwart das Publikum auf die eigene Seite zu bringen. „Wie sehr müssen Ihre Argumente Ihren Widersacher in die Enge getrieben haben, dass er Sie emotional angreift. Er kann Sie nur noch durch persönliche Angriffe treffen. Stellen Sie diese Angriffe richtig und bleiben Sie dann beim Thema“, machte Frau Böhmer den Frauen Mut. Trotzdem war die einhellige Meinung, dass es viele Anläufe brauchen wird, bis man die innere Souveränität erreicht hat, um locker in solche Gespräche zu gehen.

Locker gehen

Viel Spaß bereitete die praktische Übung, einen „Auftritt“ vor dem wartenden Publikum zu probieren. Wie komme ich unter den Augen meines Publikums in den Saal und schaffe die ersten Schritte zum Podium ohne unsicher und verkrampft zu wirken. Bei bis zu vier Versuchen der „Aufretenden“ vollzogen sich ganz erstaunliche Wand-



Auf der AbL-Frauentagung im bayerischen Kloster Banz bildeten sich die Teilnehmerinnen über bessere Interessensvertretung in Verbänden und gekonnte Auftritte fort. Foto: Thiel

lungen in der Körperhaltung, dem Schritt und der Stimmlage bei der Begrüßung. Abgerundet wurde dieser Teil von einer Beratung zu Kleidungsfragen von Frau Böhmer. Welcher Typ bin ich, und welche Farben stehen mir, denn bei einem öffentlichen Auftritt wird nicht nur durch die Argumente überzeugt, sondern der Mensch, der gegenüber steht, wird als Ganzes wahrgenommen. Und wenn man dort zu blass wirkt, nützen die besten Argumente nichts. Also rein in die Bekleidungsäden und ruhig mal etwas Ausgefallenes anprobiert! Die Netzwerkarbeit ist ein Gebiet, welches Frauen erst noch erlernen müssen. Männer sind hier viel weiter und schaffen es häufig durch „Seilschaften“ an

den Frauen vorbeizuziehen. Wie knüpfe ich Kontakte, die mir später einmal weiterhelfen können, und wie pflege ich diese? Dazu gab uns Frau Böhmer einige Werkzeuge an die Hand.

Fortsetzung geplant

Insgesamt war das Seminar gespickt mit vielen praktischen Beispielen, so dass die Teilnehmerinnen die Zusammenhänge schnell in ihr Alltagsleben umsetzen konnten. Ein gelungenes Wochenende, das im nächsten Jahr fortgesetzt werden soll. Wahrscheinlich aber an einem anderen Tagungsort, da die weite Anreise nach Bayern Teilnehmerinnen aus Norddeutschland fernhielt. Vera Thiel

MKS ein Jahr danach: Operation gelungen – Patient tot!

Vor genau einem Jahr, am 19. Februar 2001, wurde auf einem Schlachtbetrieb in Essex, Großbritannien, bei einem Schlachtschwein der Verdacht auf Maul- und Klauenseuche (MKS) geäußert. Was nun folgte, kann mit Fug und Recht als die Bankrotterklärung der modernen Tierseuchenbekämpfung bezeichnet werden.

Auf 10.124 Betrieben wurden die Tierbestände getötet, von diesen waren bis zum 30. September 2001 nur 2.030 offiziell als MKS-infiziert bestätigt worden, auf anderen 8.094 Betriebe wurden als sogenannte Kontaktbetriebe, benachbarte oder Verdachtsbetriebe die Tierbestände eliminiert. Nachfolgende Laboruntersuchungen, so sie denn überhaupt durchgeführt wurden, zeigten, dass 85 % der getöteten Tiere nicht infiziert waren. Die offiziellen Zahlen von über 5 Mio. der Vernichtung anheim gefallener Tiere wurde später auf Druck der Presse von den Behörden nach oben korrigiert: „Man gehe eher von 11 Mio. aus, da in den meisten Fällen die Jungtiere nicht in die Statistik aufgenommen worden seien“.

Wieder Status MKS-frei

Nun hat sich der Ständige EU-Veterinärausschuss für eine Aufhebung der verbliebenen Schutzmaßnahmen ausgesprochen. Demnach können auch lebende Schafe und Ziegen künftig wieder von der britischen Insel exportiert werden, soweit sie mindestens 30 Tage getrennt von den übrigen Herden waren. Bereits am 21. Januar hatte das Internationale Tierseuchenamt (OIE) Großbritannien wieder den Status eines MKS-freien Landes ohne Impfung eingeräumt.

MKS-Sonderausschuss

Das Europäische Parlament hat einen MKS-Sonderausschuss eingerichtet. Im Gegensatz zum BSE-Ausschuss versteht sich dieser mehr als Sonderdenn als Untersuchungsausschuss. Er soll nach zwölf Monaten Vorschläge über eine neue Impfpolitik sowie über eine Strategie zur Bekämpfung von Tierseuchen vorlegen.

Internationale Konferenz

Bereits im Dezember fand in Brüssel eine internationale Konferenz zur MKS-Prävention und -bekämpfung statt. Dabei herrschte weitgehend Einvernehmen, dass die EU grundsätzlich an der Keulungspolitik festhalten sollte. Um Tiere jedoch nicht unnötig zu töten, solle stärker als bisher auf Notimpfungen zurückgegriffen werden. Ungeklärt blieb die Frage, was mit den notgeimpften Tieren geschieht. Große Hoffnungen knüpfen die Tiermediziner an einen in der Probephase befindlichen Test, mit dem geimpfte von infizierten Tieren unterschieden werden können. Mit einer entsprechenden Kennzeichnung könnten die geimpften Tiere dann vermarktet werden. Voraussetzung ist allerdings, dass das internationale Tierseuchenamt (OIE) den Test anerkennt und seine Bestimmungen für Handelsbeschränkungen ändert. Diese Problematik soll jedoch erst im Jahr 2003 auf der OIE-Vollversammlung besprochen werden.

Sabine Zentis, we

Allen Beteiligten (der Konferenz, Anmerk. d. Red.) ist wohl klar, dass weder die Tierhalter noch die Verbraucher die „Tierseuchenbekämpfung“ durch Massentötungsaktionen in Zukunft unterstützen werden ... Vom wissenschaftlichen Standpunkt aus sind alle Möglichkeiten gegeben, Impfstoffe einzusetzen, die eine Unterscheidung von geimpften und infizierten Tieren ermöglichen. Für mich ist immer klarer, dass die sogenannte Tierseuchenbekämpfung nicht mehr dazu dient, wie ursprünglich angestrebt, die Tierbestände der einzelnen Länder gesund zu halten, um die Lebensmittelversorgung zu gewährleisten, sondern dazu missbraucht wird, Handelsbarrieren einzurichten und Bewerbern Zugang zu Märkten zu erschweren oder unmöglich zu machen. Dass man damit die eigene Landwirtschaft ruiniert, scheint nur von nachrangigem Interesse zu sein.

Sabine Zentis, Aktionsbündnis für eine MKS-Schutzimpfung

Antibiotika – Njet!

Die Ukraine hat die Einfuhr von US-Geflügelfleisch endgültig verboten. Ukrainische Inspektoren haben in amerikanischen Produktionsbetrieben zuviel Antibiotika und Desinfektionsmittel gefunden. en

BST – No!

Der amerikanische Monsanto-Konzern ist vor dem Europäischen Gerichtshof mit seiner Forderung nach unbeschränkter EU-Zulassung seines gentechnisch erzeugten Rinder-Wachstumshormons BST entgültig unterlegen. Das Gericht bekräftigte die 1997 getroffene Entscheidung der EU. en

Agrarfabrik – Non!

Gegen die Vergrößerung einer benachbarten Geflügelanlage wehren sich die Mönche des Klosters Saint Rémy im belgischen Ardennenort Rochefort. Sie befürchten negative Geschmackseinflüsse auf das Grundwasser und damit auf ihr berühmtes Trappisten-Bier. en

Landwirtschaft in Sibirien

Zu Gast auf einem 2.000 ha Betrieb

Sibirien ist ein fruchtbares Land, wenn man es versteht, dort zu wirtschaften und zu arbeiten. Für westliche Vorstellungen von Sibirien ist die Vegetation überraschend. Auf unserer Reise im September 2001 sehen wir ausgereifte Sonnenblumen in den Gärten und auf größeren Flächen Mais über 2 m hoch, der zum Silieren für das Rindvieh angebaut wird. Von Mai bis September ist ununterbrochen ein schöner Sommer mit Plus 30 °C und mehr. Immer wieder treffen wir sehr freundliche Menschen, die in der Schule Deutsch gelernt haben und sich auch gern noch mit mir auf Deutsch unterhalten wollen.

Fließend Wasser nur im Sommer

Anlässlich eines privaten Besuchs in Sibirien bei Musiker-Freunden, zwischen Irkutsk am Baikalsee und der Millionenstadt Krasnojarsk habe ich Gelegenheit, einen russischen Betrieb zu besichtigen. Der Baikalsee ist der größte Süßwassersee der Erde mit einer Länge von über 600 km, einer Breite von 12 bis 20 km und Tiefe bis 1.700 m. Im Winter bedeckt ihn eine bis zu 1,20 m mächtige Eisschicht. Doch wir sind Anfang September unterwegs. Mit dem PKW Lada fahren wir 200 km in ein sibirisches Dorf mit typischen Holzhäusern und Schlammwegen, da es seit Anfang September regnet. Neben fruchtbaren Gärten und Datschas betreiben einige Einwohner noch eine Selbstversorger-Landwirtschaft. Unser Gastgeber dagegen bewirtschaftet 2.000 Hektar. In seinem Haus empfängt uns seine Frau. Der Landwirt muss noch einige Erledigungen machen wegen Dieselöl und Ersatzteilen.

Das Haus, mit Rundhölzern gebaut, hat vier große Zimmer für die Familie mit Frau, drei Söhnen und Schwiegertochter. Die Hausfrau serviert uns eine typische russische Gemüsesuppe mit Fleisch und Schaschlik. In der Küche steht ein Ofen, der im Jahr mit 15 Tonnen Kohle beheizt wird, die mit Eimern durch zwei Türen hereingeholt werden müssen. Durch Warmwasserleitung vom Ofen aus werden auch die anderen Zimmer im Winter beheizt. In dem Dorf mit ca. 20 Häusern gibt es eine ca. 8 cm starke oberirdische Sommerwasserleitung, im Winter bei bis zu 40 bis 45°C Minus muss das Wasser mit Kanen ca. 80 m weit hergeholt werden.

Schläge von 100 ha

Nach dem Essen fahren wir mit dem sibirischen Landwirt noch einmal durch Birkenwälder und unwegsames Gelände ca. 30 km weit an sein erstes Sommerweizenfeld von mehr als 100 ha. Winterweizen wird nicht gesät, höchstens ein wenig Roggen. Insgesamt bearbeitet er ca. 2.000 ha bei teilweise mehrjähriger Brache. Er hat die Flächen von einer ehemaligen Kolchose übernommen, etliche Kilometer von seinem Wohnhaus entfernt. Bei einem für russische Verhältnisse guten Ertrag von ca. 30 dz je ha steht der Weizen noch gut da. Einige Parzellen hatten im Juli Unwetter und Hagel mit Lager. 100 ha konnten bis 1. September gemäht werden, dann kam der Regen, jetzt stehen noch 700 ha. Der Boden ist eine fruchtbare Schwarzerde, torfähnlich. Der Landwirt hat keine Spritze und keinen Düngerstreuer, das heißt, die Flächen werden weder mit Herbizid noch Fungizid behandelt, noch wird Dünger gestreut. Diese Schwarzerde scheint von Natur aus genug Nährstoffe zu haben. Auf einigen Flächen ist seit fünf Jahren Brache mit Bearbeitung, sicher wegen dem vielen Unkraut und Wildwuchs vorher.

Für 100 kg Weizen bekommt der Landwirt in Sibirien 280 Rubel, das sind ca. 22,- DM. Für einen Hektar bezahlt er 80

Rubel Pacht, das sind ca. 6,- DM. Also 30 kg für einen Hektar als Pacht. Wir müssen in Deutschland mindestens 2.000 kg als Pacht zahlen!

Betrieb in verlassenem Dorf

Bei einem verlassenem Dorf erreichen wir dann seinen „Betrieb“. Dort steht sein Maschinenpark mit drei Mähdreschern – ein Mähdrescher russischer Fabrikation ist neu mit 4 m Breite, die zwei anderen sind älter –, zwei Raupenschleppern, einem Belarus 80 PS, zwei alten 6-Schar-Beetpflügen, Scheibenegge und 9-m-breite Drillmaschine, russischen Systems. 3-mal-3-m-breite Drillmaschinen werden in einem Geräterahmen gefahren. Eine solche Maschine habe ich einmal bei Halle nach der Wende selbst einige Runden gefahren. Vom Verkaufserlös muss man in Russland einen großen Anteil Steuern zahlen. Drei Allrad-LKW werden für den Transport genutzt.

Neben dem Landwirt arbeiten noch sein Vater und zwei Söhne mit und auf dem „Betrieb“ bei dem verlassenem Dorf gibt es drei weitere Mitarbeiter für den Schweinestall, Futterherstellung und Maschinenreparaturen. In niedrigen, dunklen Holzställen werden dort ca. 500 Schweine gemästet mit eigenem 300 bis 400 kg Eber und eigener Ferkelproduktion. Ein großer Teil des Getreides wird verfüttert. Der Landwirt baut noch einige Hektar Kartoffeln an, die in Sibirien sehr gut wachsen und auch einen guten Ertrag bringen. Es wächst auch auf großen Parzellen Luzerne mit zwei Schnitten. Das Heu wird in großen Haufen auf dem Acker lose gelagert und im Winter für das Vieh geholt.

Vom Professor zum Landwirt

Vor zehn Jahren hat der heute 45-jährige Landwirt sein Geld noch als Sportprofessor verdient. Aber Staatsangestellte wie Lehrer, Musiker oder Ärzte verdienen in Russland sehr wenig – zwischen 100,- und 300,- DM im Monat. Davon allein können sie nicht leben. Deshalb haben die meisten einen zweiten Beruf als Taxifahrer, Putzfrau, Bauarbeiter oder unterhalten einen kleinen privaten Handel. Der Vater des Landwirts war LKW-Fahrer auf der Kolchose und betrieb eine private Schweinehaltung. Sein Sohn hat nun die Gelegenheit ergriffen und den Betrieb der ehemaligen Kolchose gepachtet. Darin zeigen sich private, freiheitliche Strukturen mit einer gewissen Stabilität, die aber noch lange braucht, um richtig zu funktionieren. Doch haben die demokratischen Strukturen, die in Russland und Sibirien entstehen, bis jetzt größere Stabilität bewiesen, als wir vermuten. *Reinhold Speth*



Ein typisches Holzhaus mit vier großen Zimmern für die Großfamilie.

Foto: Speth

Manager als Leitkultur?

Anlässlich des 60. Geburtstags von Gerd Hockenberger, Präsident des Landesbauernverbands, wird dieser von der Zeitung BW agrar wie folgt beschrieben: Wer ihm auf der Straße begegne, werde ihn „eher für einen Manager, aber erst zuletzt für einen Landwirt halten“. „Dynamisch, unabhängig, zielstrebig“ verkörpere er „den Typ des modernen Landwirts, der sich als Unternehmer sieht...“ In einem Leserbrief wurde dieses gezeichnete Bild kritisiert: „Was hat der Autor oder was haben wir Bauern für ein Bild von unserem Beruf! ... Wir vermuten, dass wir Bauern als Verbandspräsidenten eben gern jemand haben, der so ist wie wir selbst gerne wären. Ich finde das sehr traurig, denn Bauer sein hat für mich etwas damit zu tun, Lebendiges zu gestalten, mit Pflanzen und Tieren umzugehen, mit Hand und Kopf zu arbeiten, mit den Jahreszeiten zu leben – auf sie angewiesen zu sein und vieles andere: Manager zu sein, ist in meinen Augen ausschließlich auf das zweifellos notwendige wirtschaftliche Überleben beschränkt. Trotzdem haben viele von uns Bauern ein Ziel: Manager werden, den Computer bedienen und vor allem Maschinen oder andere Menschen arbeiten zu lassen. Deshalb: Wir haben ihn verdient, unseren Präsidenten, der so ganz anders erscheint als wir selbst bislang noch aussehen...“ en

Bauern- oder City-Markt?

Die Stadt Uelzen meint die Zeichen der Zeit erkannt zu haben und will ihren „Bauernmarkt“ nun in „City-Markt“ umbenennen. Interessant nicht nur das zugrundeliegende Verständnis der Verantwortlichen, bedenklich auch folgender Leserbrief: „Der heutige Erzeuger von Agrarprodukten lässt Computerprogramme für sich arbeiten und hat Internetanschluss. Er ist nicht mehr „Bauer“, sondern betreibt ein Agrarmanagement.“ Ob man dann statt des Markts nicht besser gleich einen „Agrarmanagement-Exchange“ im Internet veranstalten sollte? Denn wer die Chancen eines Bauernmarkts nicht erkennen kann, der hat ihn auch nicht verdient.

„Ente ging immer zuletzt rein...“

„Ente ging immer zuletzt rein“ – so der Titel einer Untersuchung über „Kühe und ihre Namen“, mit der die siebzehnjährige Johanna Boettcher den vierten Preis beim Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten gewonnen hat. Die Schülerin aus dem westfälischen Verl forschte in alten Archiven und befragte Bäuerinnen und Bauern darüber, wie sich die Namensgebung für Kühe entwickelt hat und was man daraus über das Verhältnis zwischen Mensch und Tier ablesen kann. Eine aufschlussreiche und interessante Arbeit hat Johanna Boettcher, selbst keine Bauertochter, da vorgelegt. Ihre Oma (Geburtsjahr 1913) allerdings ist noch auf einem Bauernhof groß geworden und erinnert sich: „Ente ging immer zuletzt rein. Die war ja ganz lieb und zahm, die war leicht zu melken. Bei der durfte ich auch melken...“ Eine andere ehemalige Bäuerin (Maria) erzählt von „Perle“, deren gedrehte Hörner immer in die Haut reinwachsen und die deshalb immer geschnitten werden mussten. Perle, die immer mit dem Kopf an ihrem Arm entlang strich, war auch die Vorzeigekuh gegenüber Nichten und Neffen: „Ich sagte: Leck mal meinen Arm“, das machte die Kuh natürlich wie immer, und die Verwandten staunten, dass Maria mit den Kühen reden konnte. Sie berichtet auch von „Päbstin“, der „Herrin im Stall“, die aber durch ein Gewitter zu Tode kam.

Kuhnamen sind (natürlich) fast immer weiblich: Weibliche Vornamen domi-

nieren (allerdings unter Ausschluss des Namens von Bekannten oder Verwandten), daneben werden Bezeichnungen für Vögel verwendet („Amsel“, „Dohle“, „Elster“...), oder nach anderen Tieren („Biene“, „Hummel“) oder nach Blumen („Nelke“, „Primel“) oder nach Eigenschaften und Aussehen („Flocki“, „Bunte“, „Bella“, „Mini“) oder nach Bewertung („Krone“, „Perle“). Manche Bauern verwendeten auch Namenslinien entsprechend der Abstammung: „Von der Kuh Blesse stammte die Kuh Blume, von Blume Bianca.“ Außer solchen „Buchstabenslinien“ gab es manchmal auch eine Gruppierung, in der die Kühe Namen mit dem Anfangsbuchstaben des jeweiligen Viehhändlers bekamen, von dem sie gekauft waren.

Ob Kühe wirklich auf ihren Namen hören, bleibt offen. Oft hatte nicht jede Kuh einen Namen, sondern der Standplatz im Stall hatte immer die gleiche Namensvorgabe. „Namen konnten so etwas wie Nummern sein.“ Die Namen erleichterten es, sich ohne lange Beschreibungen des Äußeren über die Kühe zu verständigen. So wuchs durch den Namen doch eine Beziehung zum Tier. Einen Namen bekamen die Tiere allerdings erst nach dem erfolgreichen Kalben, weil dann klar war, „dass es eine Milchkuh wurde und für den Bauern mehr bedeutete als Schlachtvieh“. Aber als Individuum an sich nahm man die Kuh dennoch oft nicht wahr, außer in Ausnahmefällen bei hervorstechenden Eigenschaften. Auch wenn eine

AUFGEGABELT:

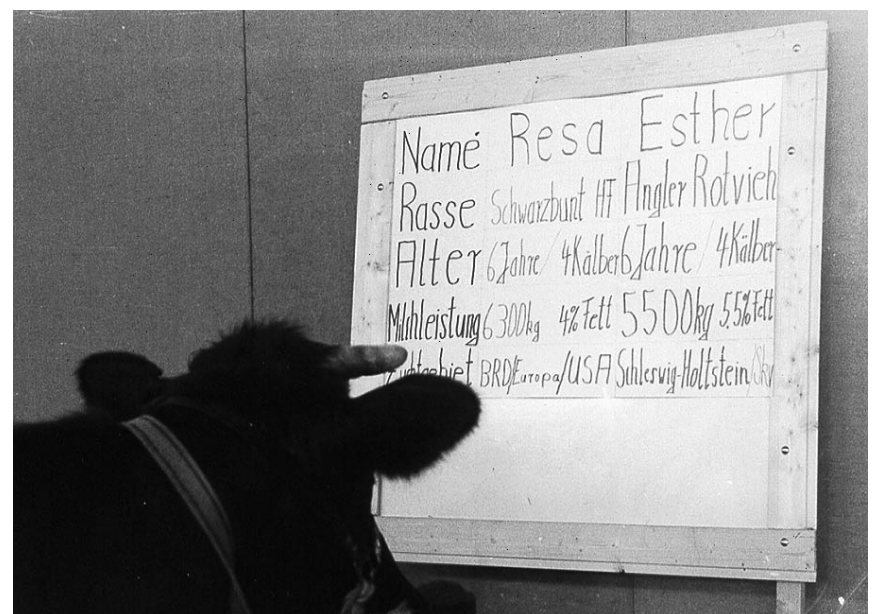
„Von der häufig verkündeten Einheit von Natur, Familie, Arbeit und Leben wird künftig kaum etwas überbleiben.“ (ein Agrarunternehmer in der Studie der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft zur „Landwirtschaft 2010“)

„In Deutschland war für mich erstaunlich, dass ein Bauer ein Mechaniker, Melker, Traktorfahrer, Zootechniker und ein Chef, der selbst Risiko und Verantwortung trägt, in einer Person ist. Solche Erfahrungen in der Betriebsorganisation könnte man in Russland gut gebrauchen. Dann würden viele Probleme zwischen Entscheidung und Umsetzung wegfallen.“ (Elena Lobanova, Studentin an der Fachhochschule Weihenstephan, in der „Bauernzeitung“)

„In Niedersachsen ist die Landwirtschaft noch stark durch Familienbetriebe geprägt. Dort hat die Verantwortung für Umwelt und Mitgeschöpfe noch ein Gesicht und eine Seele.“ (Stephan Wichert-von-Holten, Kirchlicher Dienst auf dem Lande, Hannover, laut epd)

„Der Geruch, wenn alles anfängt zu blühen. Das Brummen der Mährescher im Sommer. Die frische Erde im Herbst.“ (Hans-Caspar Graf zu Rantzau in der „Welt“ über seiner Liebe zur Landwirtschaft)

„Bei aller Ökonomie wird eines wohl immer zur Beschaffenheit eines Bauern gehören: er liebt seinen Beruf und ist Tag und Nacht mit Leib und Seele seinem Werk verbunden. Das ist sein Fundament.“ (Bernd Tietjen, Vorsitzender LAG Junger Landwirte Niedersachsen)



Kühe und ihre Namen

Foto: Archiv

Kuh zugekauft wurde, fragte man den verkaufenden Bauern nicht nach dem Namen der Kuh, sondern gab ihr einen neuen Namen. Allerdings wird von einem Brauch in Westfalen berichtet, „einer Art Taufhandlung bei Anbruch des 1. Mai“...

Heute haben viele Kühe keine Namen mehr, sondern nur noch Nummern (zumindest eine auf der vorgeschriebenen Ohrmarke). Johanna Boettcher erklärt das mit den weitaus höheren Kuhzahlen je Betrieb. Anders als früher hat man eine Kuh heute auch nicht mehr 14 Jahre, sondern nur noch vier Jahre. Aber bedauert wird diese Entwicklung, so eine Bäuerin: „Es ist grässlich, dass Kühe heute keine Namen mehr haben. Früher hatte man mehr Erinnerung an die einzelnen Kühe und konnte es besser nachvollziehen, wenn von einer

Kuh die Rede war. Ich kannte jede Kuh mit Namen. Die Nummern bringen mich ganz durcheinander. Wir Menschen sind ja fast auch nur noch Nummern...“

Johanna Boettcher bedauert, dass die persönliche Beziehung zwischen Mensch und Kuh verloren geht, z.B. am Melkroboter seien die Rinder Nummern. Allerdings tragen auch in manchen Großbetrieben die Kühe wieder Namensschildchen im Ohr: „Die Namen erleichtern den Besuchern die Kommunikation. Liegt hier eine Zukunft für Kuhnamen?“

Man muss Johanna Boettcher dankbar sein für ihre Themenwahl und ihre Arbeit. Und vielleicht würde es sie ja freuen, wenn jetzt ein paar mehr Kühe – ihr zu Ehren – den Namen „Johanna“ bekämen...
Eckehard Niemann

Schlachtungen ohne Betäubung

Den qualvollen Todeskampf eines nur ungenügend betäubten Bullen, der trotz Brüllens am Fließband aufgehängt und geschlachtet wurde – diese Bilder aus einem österreichischen Schlachthof empfanden vor kurzem Millionen von Fernsehzuschauern. Das dies kein Einzelfall war, enthüllte kürzlich der „Spiegel“: Demnach werden viele Rinder auch in deutschen Schlachthöfen vor der Tötung nur mangelhaft betäubt, nach Schätzung

des Veterinärs von Wenzlawowicz (Institut für schonenden Umgang mit Schlacht- und Nutztieren) sogar 5 bis 20 Prozent, je nach Schlachtbetrieb.

Die Ursachen: Zutrieb und Betäubung werden immer noch im Akkord durchgeführt, oft auch ohne genügend tierärztliche Aufsicht. Und das, obwohl die Betäubung durch den Bolzenschussapparat beim Rind ohnehin hohe Voraussetzungen verlangt. Verschärft wird diese

Situation durch neue Schlachtvorschriften der EU, die nach der BSE-Krise erlassen wurden, um den Übergang von evtl. infiziertem Rückenmarksgewebe in Blut oder Fleisch zu minimieren. Früher würde nach dem Bolzenschuß der sogenannte Rückenmarkzerstörer eingesetzt: Dieser Stab wurde durch das Einschussloch ins Rückenmark eingeführt und führte zum irreversiblen Hirntod vor dem eigentlichen Schlachtvorgang. Dieser Ein-

satz ist jetzt verboten. Über die Wiedererlaubnis oder den Einsatz anderer Betäubungsmethoden hat die EU – trotz des Drängens von Tierschützern und staatlichen Stellen – immer noch nicht entschieden. So geht die Tierquälerei vorerst weiter, ein unerträglicher Zustand! Umso wichtiger ist die sofortige Umsetzung der Forderung nach vollständiger Aufsicht über den Betäubungsvorgang durch Tierärzte und Monitore. *en*

Leserbriefe

Und noch ein Beitrag

Mit großer Mehrheit haben Bioland-Bäuerinnen und -Bauern auf der Landesmitgliederversammlung in Baden-Württemberg einen Antrag auf Beitragsdegressionen ab bestimmten Beitragsstufen abgelehnt. Die Tatsache, dass andere Landesverbände z.T. massive Beitragsermäßigungen zugunsten großflächiger und/oder intensivwirtschaftlicher Betriebe gewähren, stieß bei den Baden-Württembergern auf wenig Begeisterung. Hauptargument gegen eine Degression waren die entsolidarisierende Wirkung innerhalb des Verbandes sowie das politisch falsche Signal einer solchen Maßnahme.

Als Bioland-Bäuerin stellt sich für mich hier die Frage, warum bin ich diesem Verband Mitglied und für was zahle ich Beitrag?

Ein Grund ist, dass das Markenzeichen Bioland einen großen Bekanntheitsgrad

hat und für einen Vertrauensbonus bei vielen Verbraucherinnen sorgt. Das kommt zum einen von jenen Bäuerinnen und Bauern, die schon seit vielen Jahren unter weniger gesellschaftlich günstigen Bio-Bedingungen diesen Verband unterstützen und aufbauten, von den vielen hauptsächlich kleineren und mittleren Betrieben, die über Selbstvermarktung verschiedenster Art den Kundenkontakt erarbeitet haben und ein positives Bild vom Bioland-Anbau transferiert haben und transferieren. Zum anderen kommt es von einer guten Verbandsarbeit mit Öffentlichkeitsarbeit, Weiterbildungsangeboten, Vermarktungshilfen und einer politisch aktiven Vertretung, wie bei keinem anderen Verband in Deutschland. Diese Tatsachen helfen jedem Kilo Bioland-Ware, die am Markt in immer heftigerer Konkurrenz zu anderer Bio-Ware steht, über den Ladentisch.

Wer viel produziert hat also auch viel Nutzen Warum eine Degression in Richtung Größe oder Produktivität? Wenn bei solchen Betrieben der Beitrag zu hoch scheint, dann ist er das in der Relation gesehen für kleinere Betriebe ebenso und im Gesamten wohl nicht an entsprechende Verlustmöglichkeiten angepasst. Und dem Einwand eben jene Betriebe im Verband zu halten oder in den Verband zu holen, damit sie nicht zu anderen Billig-Verbänden abwandern, stelle ich die Frage gegenüber: Wann müssen wir aus gleichen Gründen dann über Zugeständnisse im Bereich der Richtlinien und Ausnahmegenehmigungen abstimmen? Wohin sollen wir mit unserem Verband und wie? Darüber sollten BioländlerInnen dringend diskutieren.

Bärbel Endraß,
88239 Wangen / Primisweiler



Direktvermarktung stärkt
Verbrauchervertrauen.

Foto: Archiv

Replik zur Replik von Windhorst

Da Windhorst in seiner Replik auf einen Artikel von Fink-Kessler „Dem Alternativ-Ei eine Chance geben“ (Bauernstimme 10/2001) auch mich als Kritiker der Studie von Windhorst und Böckmann „Die wirtschaftliche Bedeutung der Geflügelwirtschaft Deutschlands...“ erwähnt, antworte ich direkt. Die von Windhorst und Böckmann genannten Einkommensgrößen verwirren. So werden „Wertschöpfung, Produktionswert sowie Einkommens- und Produktionswert“ synonym verwendet, obwohl sie sehr unterschiedliche Größen darstellen. Es wird eine summierte „Wertschöpfung“ der deutschen Eierbranche von 4,7 Mrd. DM angegeben, welche die Endproduktionswerte verschiedener Stufen der Produktion enthält. Generell kann man bei einem solchen Vorgehen durch Aufspalten der gesamten Produktionskette in immer mehr Stufen die Summe in die Höhe treiben. Dies ist tatsächlich der

Fall, zumal die ausgewiesene „Wertschöpfung“ von 4,7 Mrd. DM den Wert der Endprodukte von grob 1,5 Mrd. DM mehrfach übertrifft. Da die Wertschöpfung einer Branche nie höher sein kann als der Wert der Endprodukte, ist dies absurd. Hätten Windhorst und Böckmann, wie z.B. Wolfram, jeweils die tatsächliche Wertschöpfung als Maß für die Betroffenheit einzelner Produktionsstufen bzw. der Branche insgesamt verwendet, wäre ihnen dieser Fehler nicht unterlaufen. Anders als Windhorst in der Replik andeutet, suggerieren Windhorst und Böckmann sehr viel stärkere monetäre Wirkungen als Wolfram. Dieser errechnet bei einem Produktionsrückgang in der EU von 10 Mrd. Eiern eine Minderung der Wertschöpfung von 269 Mill. EUR, d.h. von rd. 2,7 Cent (5,3 Pfg) pro Ei. Dagegen kommen Windhorst und Böckmann bei einem Produktionsrückgang in Deutschland von 5,2 Mrd. Eiern auf

Einbußen der wichtigsten Zulieferer und Vermarkter von 1,0 Mrd. DM, das entspricht rd. 20 Pfg/Ei. Es ist absurd, dass die ausgewiesenen Verluste den Gesamtwert der nicht mehr erzeugten Endprodukte weit übertreffen. Die von Windhorst und Böckmann errechneten Produktionswerte und Wertschöpfungsgrößen lassen sich gedanklich durch Summation von der Betriebsebene ausgehend auf jedes Aggregat (Produktionsstufen, gesamte Branche) hochrechnen. Der Einwand von Windhorst, dass durch betriebswirtschaftliche Betrachtung mit Blick auf die Studie falsche Schlüsse gezogen werden, ist somit nicht berechtigt. Eher kann Windhorst und Böckmann vorgeworfen werden, unzulässigerweise betriebliche bzw. sektorale Betrachtungen anzustellen, wenn es letztlich um eine gesamtwirtschaftliche Entscheidung geht. Für diese wäre eigentlich eine Kosten-Nutzen-Analyse erforderlich. Windhorst

äußert in seiner Replik zusätzliche Ansichten. Man kann im Sinne von Windhorst den Markt über den Umfang der einzelnen Haltungsverfahren entscheiden lassen, wenn dem Tierschutz kein eigener, von der Bedürfnisbefriedigung des Menschen unabhängiger Wert zuerkannt wird. Wird jedoch ein solcher Wert angenommen, bedarf der Markt der Korrektur. Dass wegen regionaler Ausweichreaktionen der Produktion dem Wohlbefinden der Tiere nicht unbedingt durch kostenerhöhende Auflagen in Deutschland gedient ist, ist möglich. Man darf jedoch den politischen Signaleffekt nicht unterschätzen. Schließlich muss eine Region vorangehen, wenn im Gesamtgebiet der EU dem Tierschutz hinreichend Geltung verschafft werden soll. Nach neueren Meldungen wollen z.B. die Niederlande und Dänemark ebenfalls die Käfighaltung längerfristig ganz abschaffen.

Dr. Karl Frenz, Am Hasengarten 69,

Zu: Frischluft Schweinehaltung oder der Muff von 1000 Jahren

Da ist der Bauer Martin Schulz aus Quickborn. In ungewöhnlichem Maß zeigt er sich offen für die Forderungen der Gesellschaft an ihn als Landwirt, die über das rein ökonomische Produzieren von Lebensmitteln hinausgehen. Die da wären Tierschutz, Natur- und Landschaftsschutz sowie Ökologie. Nun sollte man meinen, ein solcher Mann wäre wohlgehten in Dorf und Land. – Weit gefehlt! Einige Nachbarn wollen ihn eigentlich ganz aus dem Dorf haben, denn Bauern haben auf Dörfern eigentlich nichts mehr verloren. Diese Nachbarn werden unterstützt von Behörden, die teils engstirnig, teils hilflos mit völlig unzureichenden Vorschriften hantieren. Auch der Naturschutz hat Herrn Schulz auf dem Kieker. Steht er ihnen doch mit seiner Sauen-Weidehaltung im Wege für ihre Träume von papiermäßig höherrangigen Naturschutzgebieten. Da nützt auch nicht die Binsenweisheit, dass es Grünlandbiotope ohne Bauern gar nicht gäbe. Auch die bereits anderweitig

gemachte Erfahrung, dass Grünland-Naturschutz ohne Bauern immense Folgekosten für Landschaftspflege nach sich zieht bzw. ganz scheitert, wie das Kräuterheu-Projekt in der Dümmeriederung, hat keinen Lerneffekt hervorgerufen. Die bereitwillig ausgestreckte Kooperations-Hand von Herrn Schulz wurde bis dato von den zuständigen Herren des Naturschutzes gar nicht beachtet. Kurz, es ist genau der Bauertyp, der landauf landab von der Gesellschaft gefördert und gefordert wird, der hier bedroht ist, in einer kleingeistigen Zange zerquetscht zu werden. Passiert das, dann hätten diese Leute ihr Recht verwirklicht über BSE-Krise, Massentierhaltung und ausgeräumte Landschaften zu lamentieren. Andererseits bin ich fest davon überzeugt, dass, wenn alle Beteiligten ihre Verantwortung für das Ganze sehen, eine einvernehmliche Lösung für den Hof von Martin Schulz und ähnlich gelagerte Fälle geben wird.

Wolfgang Eisenberg, 29459 Clenze



Welche Zukunft bietet die artgerechte Schweinehaltung jungen Bauern, wenn Behörden ihnen Steine in den Weg legen? Foto: Dettmer

Zu: Viehbesatzgrenzen oder eine ausgeglichene Nährstoffbilanz

Die Vokabel „Hoftorbilanz“ als ganzheitlichen Ansatz hatte ich bisher noch nicht aus bäuerlichem Munde gehört. Vernommen hatte ich Großvieheinheiten je Hektar möglichst 2 GV/ha als entscheidende Formel für die Agrarwende. Nun hat Ministerin Renate Künast sie offensichtlich aufgegriffen, prompt kommt

eine Differenzierung, die schon immer gut war einen Tiger zahm zu machen, prompt kommt eine (vielleicht wirklich?!) bessere Idee: die Hoftorbilanz. Nur zu! Hoffentlich gibt es nicht mehrere Hoftore zu einem Betrieb.

Marion Ernsting, 33803 Steinhagen – Brockhagen

„Du Bauer!“

Es scheint, als sei die Gesellschaft – jedenfalls ihr größter Teil – immer gerade da, wo die Bauern nicht sind. Jedenfalls sind ihre Vorstellungen darüber, was Landwirtschaft bedeutet, nicht deckungsgleich.

Als ich in die Schule ging, war „Du Bauer“ ein Schimpfwort. Man sagte es nicht einmal zu mir, der ich ja nun in den Anfängen einer war. Es wurde benutzt, um jemand als Trottel hinzustellen – jemand, der nicht auf der Höhe der Zeit war, rückständig. Das hat mich betroffen gemacht; wurde damit doch der Beruf abgewertet, den ich ergreifen wollte. Es machte mich aber auch betroffen, weil ich selber merkte, dass in den 50er Jahren die Bauern nicht zur Avantgarde des Fortschritts gehörten. Bestenfalls der Einsatz von Kunstdünger war eine neuzeitliche Erfindung. Auf dem gepflügten Boden durfte bei uns kein Schlepper fahren, weil der Bodendruck die Ackerkrume beeinträchtigt. Der bereits erfundene Mährescher stieß auf Ablehnung, weil er den Unkrautsamen auf das Land streut. Und das Unkraut ist nur schwer zu bekämpfen, durch striegeln oder gar durch Spritzmittel.

Im Laufe der Jahrzehnte wurde die Landwirtschaft jedoch neu gespurte. Politik, Wissenschaft, Beratung und Ausbildung waren Wegbereiter zu Intensivierung und Spezialisierung. Am Anfang stand kein Warnschild: „Wählen Sie die richtige Spur – auf den nächsten Kilometern kommen Sie nicht mehr heraus!“ Das galt und gilt besonders für diejenigen, die ihren



... aus Westfalen

Wagen mit Investitionen und Krediten beladen haben.

Geändert hat sich mittlerweile wieder das Bild, das sich die Gesellschaft von Bauern macht. Fortschrittlich ist nicht mehr der, der den chemischen und technischen Fortschritt anwendet, sondern der, der auf ihn verzichtet. Immer häufiger bekomme auch ich das zu spüren. Als vor einigen Jahren der SPD-Ortsverein zur Besichtigung kam, hatte ich es nicht versäumt, darauf hinzuweisen, dass wir konventionell wirtschaften. Trotzdem war zwei Tage später in der Zeitung zu lesen, „dass am Unkraut im Mais die ökologische Wirtschaftsweise des Bauern zu erkennen sei.“ Da saß ich zwischen den Stühlen. Bei den Ökobauern und den Konventionellen, weil ich mich mit falschen Federn schmückte, und darüber hinaus noch, weil der Mais verunkrautet war – was ja so oder so keine ackerbauliche Glanzleistung ist. Kürzlich rief ein Journalist einer großen Sonntagszeitung an und fragte, was ich von Milchferkeln halte. Ich wusste gar nicht, dass es so was gibt. Aber offenbar füllen kleine 5-kg-Ferkel immer mehr den ohnehin schon reich gedeckten Tisch. – Und mittlerweile habe ich im Fernsehkrimi gesehen, wie in einem vornehmen Restaurant in Bad Tölz die Hauptverdächtige sich gebratene Milchferkel bestellt. Jedenfalls sagte ich: „Bevor man die Tiere abmurkst, soll man sie wenigstens erst einmal leben lassen.“ In der Zeitung stand: „Der NEULAND-Bauer findet Milchferkel dekadent.“ In der Landwirtschaftskammer hing der Artikel am schwarzen Brett. Der NEULAND-Bauer war mit blauem Filzstift unterstrichen. Diesmal hatte ich vergessen, extra auf meine intensive Tierhaltung hinzuweisen. Ich muss wirklich lernen, bei jeder kritischen Anmerkung zu Entwicklungen der konventionellen Landwirtschaft den Hinweis mitzuliefern, dass ich weder Öko- noch NEULAND-Bauer bin, sondern ein rückständiger, konventioneller – gewissermaßen wieder ein Trottel von gestern.

Die Nahrungsindustrie

Diese aktuelle Auflistung enthält (jeweils alphabetisch, nach Produkten und nach Postleitzahlen geordnet) die wesentlichen Adress-Daten aller wichtigen Unternehmen der Ernährungsindustrie, außerdem Angaben zu Geschäftsführung, Gesellschaftern, Beschäftigtenzahl und Produktsortiment. Eine nützliche Hilfe für alle, die geschäftlich oder agrarpolitisch mit dem der Landwirtschaft nachgelagerten Sektor zu tun haben. en

Die Nahrungs- und Genussmittel-Industrie und ihre Helfer 2001/2002, 210 S., Industrie-schau-Verlag, Berliner Allee 8, 64295 Darmstadt, Tel. 06151/38920.

Getreidesaatgutmarkt in Deutschland

Wissenschaftlich trocken und in den Einstellungen zum Nachbau ganz auf Seiten der Pflanzenzüchter stellt sich die Studie von Josef Efken „Getreidesaatgutmarkt in Deutschland“ dar. Aber das Buch bietet Einblicke in die Logik der Pflanzenzüchter und in einige Strukturen des Saatgutmarktes, zu denen es wenig offen zugängliches Material gibt. Der Nachbau von Saatgut wird durchgängig als grauer Markt in Anspielung zum schwarzen Markt bezeichnet. Efken beklagt, dass Landwirte häufig nicht davon zu überzeugen sind, dass die eigene Ernte nicht komplett ihr Eigentum ist, was selbst durch den Gesetzgeber nicht vollkommen berücksichtigt worden sei. Die ausführlichen Beschreibungen und Analysen, warum viele Landwirte auf den Nachbau statt auf den Zukauf von Z-Saatgut setzen sowie die Hinweise auf die Bereitschaft je nach Getreideart neue Sorten im Anbau auszuprobieren oder an bekannten festzuhalten, zählen zu den interessantesten Abschnitten.

Im Vergleich zu Dänemark und den Niederlanden weist Deutschland hohe Nachbauraten auf, aber hier wird auch 30 bis 50 % mehr Z-Saatgut vermehrt als abgesetzt wird. Diese Zahlen setzt Efken, Mitarbeiter der FAL in Braunschweig, leider nicht mit den ebenso überdurchschnittlich hohen Preisen für Z-Saatgut und den überdurchschnittlich hohen Gewinnspannen der Vertriebs- und Organisationsfirmen (VO) in Beziehung. ms

Josef Efken: Der Getreidesaatgutmarkt in Deutschland. Agrimedia 2001. 382 S. 78,- DM, zu beziehen über den ABL-Verlag

Tiere und wir

Ein neuer Lyrikband von Jürgen Theobaldy enthält viele bemerkenswerte Gedichte über Tiere, so auch zur Kuh:

Unbegreifliches Wesen,
ein Berg aus Sanftmut,
ein schläfriger Wille,
durch den das Gras hindurchgeht
und aufs Neue wiederkehrt,
diesseits von Gut und Böse,
in der Ruhe des Mittags
gemächlich zermahlen.

Wie in diesem Gedicht „Schwarze Augen“ treffen Jürgen Theobaldys Gedichte mit wenigen dichten Worten den Kern des Wesens vieler uns gut bekannter Tiere, oder besser gesagt: unserer tieferen Beziehung zu ihnen. Fast zehn Jahre hat sich der 1944 geborene Dichter für sein Gedichtbändchen „Immer wieder alles“ Zeit genommen, es ist laut „Tagesspiegel“ sein bestes geworden. Ein Buch, wärmstens zum Lesen und zum Verschenken empfohlen! Gedichte, die treffen, so auch die Verse in „Ein Größerer tritt auf“:

„Schweinchen, zarte Drecksau,
die Zukunft ist nicht rosig,
die Gegenwart ist rosig,
lebe nur in ihr:
Kein Hund darf dich jagen,
kein Jäger dich schießen,
du kriegst jetzt von allem,
vom Schlechten, vom Letzten,
du döst ermattet und satt
auf dem Stroh: Wie angenehm
kribbeln sie doch, des Schlachters
sorgsam tastende Hände.“

en
Jürgen Theobaldy, Immer wieder alles, Gedichte, 50 Seiten, 2001, zu Klampen Verlag, Lüneburg, 9 €.

Bäuerliche Wirtschaftshecken

Das etwas andere Buch über Hecken

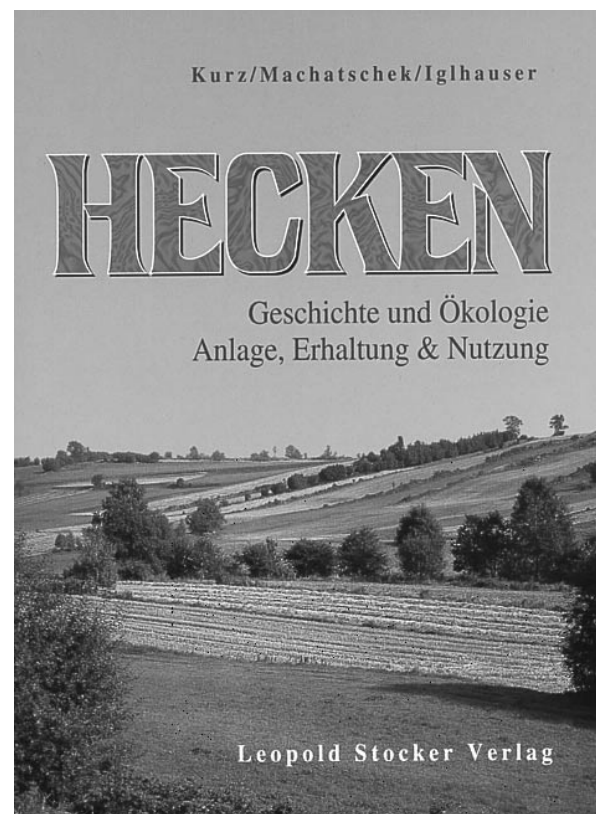
Beiläufig sehen die Hecken unserer Landschaft alle gleich aus“, so der Klappentext zu diesem neuen Buch aus Österreich, aber: „Hinter der materiellen Ausstattung der Hecken stecken absichtsvolle Zusammenhänge. Zum Überleben hatte man nichts dem Zufall überlassen, sondern Bewirtschaftungsüberlegungen angestellt. All das kann man beim vergleichenden Beobachten ‘sehen lernen’ und für das bäuerliche Wirtschaften sowie den gärtnerischen Gebrauch nutzbar machen“.

Den Blick schärfen für bäuerliche Arbeit und Wirtschaftsweisen wollen die drei Autoren, ein Vegetationskundler, ein Landschaftsplaner und ein Biologe, denn ohne bäuerliche Arbeit wären Hecken als Kulturlandschaft nicht entstanden und werden auch nicht forbestehen. Die Autoren zeigen an konkreten Beispielen im Land Salzburg die Geschichte und Entwicklung von Hecken auf der Ebene des Gebrauchs, werfen aber auch einen Blick in andere Regionen z.B. den nordwestdeutschen Raum mit seinen Knicks. So ist umfangreiches Hintergrundwissen zur Entstehung von Heckenlandschaften zwischen bäuerlicher Nutzung und hoheitlicher Anordnung in dem Buch zusammengetragen. Dazu

kommen eine ausführliche Übersicht der bedeutendsten Heckengehölze und der Bewirtschaftungstypen von Hecken, Zusammenhänge zwischen Futterlaub- und Reisdewirtschaft sowie Futterlaub- und Reisdewirtschaft und die vielfältige Nutzung von Holz und Flechtwerk. Natürlich werden auch die Einflüsse von Hecken auf die sog. Landeskultur, d.h. Kleinklima, Wasserhaushalt, Boden und nicht zuletzt Schneeverteilung betrachtet. Nicht unerwähnt bleiben die in Hecken lebenden Wildtiere sowie die Bedeutung von Hecken für die Bienenwirtschaft. Ausführlich beschrieben werden die 55 wichtigsten Heckengehölze einschließlich ihrer ökologischen Bedeutung, ihre Stellung in Mythologie und Brauchtum, ihre verschiedenen Produkte für Medizin, Esskultur, Holzwirtschaft usw. sowie Verwendung in der Heckengestaltung.

Mit dieser übersichtlichen Darstellung ist das Buch ein Standardwerk für alle, die sich mit Hecken und Heckenlandschaften beschäftigen. Zugleich ist das Buch ein Plädoyer für bäuerlich bewirtschaftete

Hecken. „Die bäuerliche Hecke bezieht ihren Sinn aus der Orientierung am Gebrauch und am Ertrag ... Bauernhecken sind oft mehrere hundert Jahre alt, und sie konnten so alt werden, weil ihnen eine tragfähige Ökonomie zugrunde liegt (S. 19f)“. Auch können sich die Autoren einen Seitenhieb auf die Renaissance der Hecken im Naturschutz nicht verkneifen: „Nahezu gegenläufig zur Geschichte der Bauernhecke lässt sich jene des Flurge-



hölzstreifens erzählen, der die Modernisierungen der Landbewirtschaftung bis heute flankierend begleitet ... Mit der Ökologiebewegung und dem dekorierenden Biotopverbundsystem hat die Öko-Hecke in den 1970er- und 1980-Jahren Einzug in die Agrarplanung gefunden ... Die Verheißungen einer Ökologisierung durch Öko-Hecken stellten sich als Farce heraus. Das wird nicht nur von Pflanzensoziologen, sondern auch von Zoologen bestätigt. Denn die agroindustrielle Bewirtschaftung schritt in ihrer Exzessivität voran. Die kosmetische Einräumung, die vielfach schon als „Ablasswesen“ oder „Biotopismus“ belächelt wird, konnte über die qualitativ entwertende Nivellierung der Pflanzen- und Tiervielfalt nicht hinwegtäuschen (S.22f). we

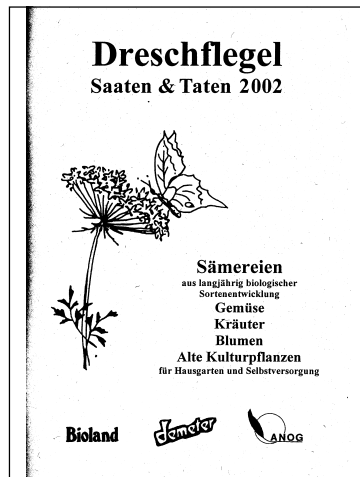
Kurz/Machatschek/Iglhauser: Hecken – Geschichte und Ökologie – Anlage, Erhaltung und Nutzung. Leopold Stocker Verlag – Graz; Stuttgart, 2001; 440 Seiten mit 350 Farbbildungen und 50 Schwarz-Weiss-Skizzen, 36,- €; zu beziehen über den ABL-Verlag

Saatgutkatalog von Dreschflegel

Jetzt bei schönem Wetter juckt einen die Lust heftig in den Fingern wieder im Garten zu wirken und zu arbeiten. Wenn die letzte Entscheidung was, wo, in welchem Umfang angebaut wird noch nicht getroffen wurde, bleibt noch Zeit im neuen „Saaten und Taten 2002“ der Gruppe Dreschflegel die ein oder andere Pflanzen- und Sortenbesonderheit auszuwählen und zu bestellen. Auf über 60 Seiten werden vom Blattgemüse über einige Getreidearten bis hin zu Kräutern unzählige Sorten vorgestellt. Alleine 23 verschiedene Tomaten von der Wild- bis zur Buschtomate mit Beschreibungen zur Anfälligkeit gegen Krautfäule werden aufgeführt. Aber auch Seltenheiten wie Andenbeere oder Bockshornklee sind zu bestellen. Schon seit 13 Jahren arbeiten unter dem Dach von Dreschflegel mehrere Gärtner und Bauern an alten Gemüsesorten und verschiedenen Kulturpflanzen, zusätzlich mischen sie sich in die Saatgutpolitik ein. Und ihre Arbeit, die Vielfalt in Gärten und Küchen zurückzubringen zeigt Erfolg: Über 70% der Bezieher von Dreschflegelsaat kaufen inzwischen über

die Hälfte ihres benötigten Saatguts von Dreschflegel und zudem bauen auch zwei Drittel eigenes Gemüsesaatgut nach.

Im Mittelpunkt der Saatgutentwicklung von Dreschflegel stehen Kleingärtner. In der konventionellen Gemüsezüchtung spielen die Ansprüche der Kleingärtner kaum eine Rolle, die Zuchtziele sind am Gewerbsgartenbau ausgerichtet. Dort sollen die Pflanzen zu einem Zeitpunkt abgeerntet werden. Um diese Erntemengen der Pflanzen verwenden zu können, müssen Kleingärtner große Einmachaktionen starten. Eine lange Ernteperiode von



Gemüse hingegen bietet für Kleingärtner eine längere und gleichmäßigere Versorgung. Im zweiten Teil der Broschüre werden verschiedene Stangenbohnen im Hinblick auf die Dauer der Ernteperiode miteinander verglichen. Ausführlich vorgestellt werden einige Pflanzen wie einige Kürbisse, die Speiseplatterbse oder Braunkohl. *ms*

Dreschflegel: Saaten und Taten 2002. 94 S., kostenlos zu beziehen über die neue Dreschflegeladresse: Postfach 1213, 37202 Witzhausen, Tel.: 05542-502744, Fax: 05542-502758

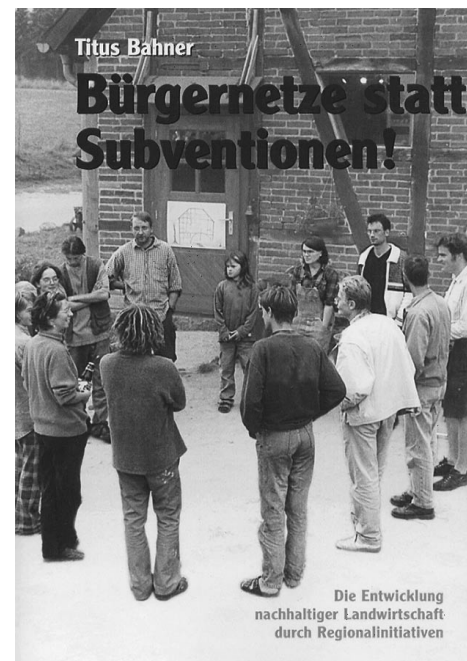
Pflanzenbau-Lehrbuch

Angesichts einer zunehmenden Spezialisierung auf einzelne Fachgebiete haben die Herausgeber des „Lehrbuchs des Pflanzenbaues“ bewusst eine umfassende Gesamtdarstellung des Acker- und Pflanzenbaues vorgelegt, um „die Zusammenhänge zwischen den bodenkundlichen und naturwissenschaftlichen Grundlagen einerseits und den Produktionsverfahren andererseits“ darzustellen. Darüber hinaus werden wesentliche Kenntnisse für eine umweltschonende Produktionstechnik vermittelt. Neu gegenüber der ersten Auflage deshalb Fachgebiete wie Ökologie und Pflanzenbau, Bodenschutz und Agrarmeteorologie. Erfreulich ist insbesondere die ausführliche Behandlung von Fruchtfolgen und die nachdrückliche Betonung von deren aktueller Bedeutung. Im Kapitel Pflanzenzüchtung werden die neuen biotechnologischen Methoden sachbezogen dargestellt, leider ohne ausreichende Berücksichtigung der Risiken der Gentechnik. Angesichts zunehmender Intensivierungs- und Spezialisierungsentwicklungen behandeln die Herausgeber auch die daraus entstandenen Umweltprobleme und betonen nachdrücklich die Notwendigkeit des Umdenkens und des Denkens in Systemen. Ausführlich werden deshalb die Grundlagen des Integrierten und des Ökologischen Landbaus beschrieben. Insgesamt ein Fachbuch, das umfassend und differenziert die Grundlagen des Pflanzenbaus und die wichtigsten Produktionsverfahren der Kulturpflanzen schildert. en

Norbert Lütke Entrup, Jobst Oehmichen; Lehrbuch des Pflanzenbaues, Gelsenkirchen, 2000; Band 1: Grundlagen, 800 Seiten, 46 €; Band 2: Kulturpflanzen, 856 S., 46 €; Verlag Th. Mann, Postfach 200254, 45837 Gelsenkirchen.

Bürgernetze statt Subventionen!

Die Entwicklung nachhaltiger Landwirtschaft durch Regionalinitiativen



Seit der Reform der europäischen Agrarpolitik 1992 und besonders seit der „Agenda 2000“ werden von der Landwirtschaft gesellschaftliche Leistungen gefragt: Regionalentwicklung, Landschafts- und Naturschutz, Belebung der ländlichen Räume...

Doch die entsprechenden Förderprogramme binden die Landwirtschaft noch stärker als vorher an den Staat, der als Geldgeber bürokratische Richtlinien und strenge Kontrollen auferlegt. Zudem sind die von der Tagespolitik abhängigen öffent-

lichen Haushalte keine zuverlässige Wirtschaftsgrundlage für eine Landwirtschaft, die – gerade wenn sie nachhaltig sein soll – in langen Zeiträumen entscheiden muss.

Gleichzeitig entstehen überall in Europa Regionalinitiativen, die sich um die Situation des ländlichen Raums kümmern, regionale Wirtschaftskreisläufe schaffen und die ökologische Situation verbessern. Sie werden von der Politik bislang kaum integriert: könnten sie der Landwirtschaft eine verlässliche Existenzgrundlage ermöglichen?

Der Ökonom und Projektentwickler Dr. Titus Bahner schildert an vier Fallbeispielen, wie Regionalinitiativen mit der Politik zusammenarbeiten und die bürokratische Gängelung der Landwirtschaft lockern können. Er entwirft aus der Einbindung von Regionalinitiativen in Kommunal- und Agrarpolitik die Vision der „Bürgernetze“: Bürgernetze sind für den unternehmerischen Landwirt Gesprächs- und Verhandlungspartner zum Thema öffentliche Leistungen. Sie ermöglichen der Politik eine unbürokratische Unterstützung der Landwirtschaft für ihre gesellschaftlichen Leistungen und können einer nachhaltigen Landwirtschaft die wirtschaftliche Grundlage geben.

Titus Bahner: Bürgernetze statt Subventionen. ABL-Verlag 2001. 247 S., 17,95 €

Bestellcoupon für den Spaß am Garten

Ich bestelle:

.... Expl. Der kritische Agrarbericht 2002 für 19,80 € _____ €

.... Expl. der folgenden Ausgaben des kritischen Agrarbericht 1999 bis 2002 zum Sonderpreis im Paket: _____ €

(2 Ausgaben 30 €; 4 Ausgaben 55 €)

Der kritische Agrarbericht 2001: 20,- €

Die Ausgaben 1996-1998 je Ausgabe nur noch 5,- €: _____ €

Die Ausgaben 1993-1995 je Ausgabe nur noch 2,50 €: _____ €

.... Expl. Bürgernetze statt Subventionen, 17,95 €: _____ €

außerdem:

Porto 2,75 €

Zahlung nach Erhalt der Rechnung mit beiliegendem Scheck

Summe _____ €

Ich erteile eine Einzugsermächtigung zu Lasten meines Kontos

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Telefon _____ gegbf. email _____

Name _____ Adresse _____

Datum _____ Unterschrift _____

Bestellung an: Abl Bauernblatt Verlag-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

(Klein) ANZEIGEN**Wie gebe ich eine Kleinanzeige auf?**

Kleinanzeige 10,- €; Chiffregebühr 2,50- €. Alle Preise inkl. MWSt. Anzeigenannahme bis zum 17. des Vormonats. Anzeigen bis einschließlich 12,50,- € nur gegen Vorauszahlung per Scheck oder bar, ansonsten wird ein Zuschlag von 2,75 € für die Rechnungsstellung erhoben. Für gestaltete Anzeigen gilt unsere Anzeigenpreisliste. Anzeigenbestellungen und Chiffrezuschriften bitte an: „Unabhängige Bauernstimme“, Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm, Fax: 02381-492221, E-mail: bauernstim@aol.com.

Hof und Arbeit

● **Landwirtschaftsmeisterin bietet Betriebshilfe an, als Krankheits-, Kur-, oder Urlaubsvertretung.** ☎ 030-69564931 oder E-mail: chrismenne@yahoo.de

Obst und Gemüse

● **Biokartoffeln vom Nordschwarzwald:** Granola und Selma – preisgünstig, größere Menge ☎ 07044-44565, Fax: -940251

Tiermarkt

● **Verkaufe laufend beste Arbeitspferde in jeder Preisklasse.** Burkhard Schirmeister, Sipplingen, ☎ 07551/63609

Querfeldein

● **Ich, 42 J., weiblich, Nordlicht, möchte nicht allein bleiben!** Suche ein Gegenüber, mit dem ich auch meinen Glauben teilen kann. Chiffre 03/02-1

Betriebsleiter für Biofarm in Tanzania gesucht

Wir suchen einen jungen Landwirt mit praktischer Erfahrung (bevorzugt im Gemüsebau und/oder Biolandbau) und viel Energie. Gute Englischkenntnisse sind erforderlich. Unser Betrieb (120 ha LN) exportiert seit 1993 zertifiziert biologische Gewürze und Kräuter nach Europa und in die USA.

Kontaktperson: **Kim Axmann**, e-mail: kimone@africaonline.co.tz
Kimango Farm Enterprises Ltd. P.O.Box 642, Morogoro, Tanzania

Land am Rand

– der Film –
auf Niedersachsen-Tournee!

Nach einer längeren Pause gibt es nun wieder den Dokumentarfilm „Land am Rand“ im Kino, im Rahmen einer kleinen Niedersachsen-Tournee.

Abseits jeder Tagesaktualität gilt er nach wie vor als der Film über die Situation der Landwirtschaft und die Alltagskultur im ländlichen Raum.

Der Kölner FILMDIENST schreibt:

„Ein eindrucksvoller, überaus lehrreicher Film, durchzogen von menschlicher Wärme, der von den Mühen der landwirtschaftlichen Arbeit, aber auch von der Liebe zu ihr berichtet.“

Termine im März/April 2002:

| | |
|-----------|--|
| 5. März | Alte Brennerei Lüchow |
| 6. März | Central-Theater Uelzen |
| 7. März | Miniplex Wittmund |
| 10. März | Central-Theater Uelzen (Matinee, 11 Uhr) |
| 12. März | Hansa Syke |
| 13. März | Filmhof Hoya |
| 18. März | Filmpalast Nordenham |
| 20. März | Lindenhof Wildeshausen |
| 21. März | Casablanca Odenburg |
| 10. April | voraussichtlich Burgdorf |
| 11. April | Gronau (Leine) |

Alle Veranstaltungen in Anwesenheit des Regisseurs mit anschließender Diskussion. Uhrzeit jeweils ca. 20 Uhr

Genauere Anfangszeiten bitte im Kino erfragen!

Veranstaltungskalender**Frauentag**

04. März 2002, Waldenburg

Zum Thema „Kleider machen Leute – Leute machen Kleider“ sind Frauen eingeladen zu verschiedenen Aspekten wie Stil- und Farbberatung, Marken- und Lieblingskleider, Stoffarten, ausbeutende Arbeitsbedingungen für Frauen. Informiert wird auch über Altkleider und dass damit „Gute Geschäfte“ auf Kosten armer Länder gemacht werden. Das bunte Programm umfasst auch Kleiderordnungen und Trachten sowie Gedanken zu Mode und Schönheit.

Ländliche Heimvolkshochschule, 74638 Waldenburg-Hohebuch, ☎ 07942-107-0, www.hohebuch.de

Informationsveranstaltungen zum Hanfanbau

05./07./08. März 2002, Wiedenbrück/Lage/Lübbecke

Die EZG für Faser- und Ölpflanzen zur technischen Verwendung w.V., die Firma Nafi Tech GmbH (Betreiberin der Faseraufschlussanlage in Kalletal-Hohenhausen (siehe Bauernstimme 2/02)) und die Landwirtschaftskammer Westfalen Lippe laden ein anlässlich der Neuverhandlung des Rahmenvertrags, wodurch die Wirtschaftlichkeit des Hanfanbaus deutlich verbessert werden konnte. Für das Anbaujahr 2002 werden noch Flächen unter Vertrag genommen. Zu aktuellen Entwicklungen hinsichtlich der rechtlichen Rahmenbedingungen (Erntezeitpunkt) berichtet Frau Kiehl (EZG).

Dienstag, 5. März, LK Kreisstelle Gütersloh, Bielefelder Str. 47, Wiedenbrück, 13.30 bis 15.30 Uhr;
Donnerstag, 7. März, LK Kreisstelle Lippe, Sedanplatz 9, Lage, 10.00 bis 12.00 Uhr;
Freitag, 8. März, LK Kreisstelle Minden-Lübbecke, Kaiserstr. 17, Lübbecke, 10.00 bis 12.00 Uhr

Verkaufstraining für Direktvermarkter

06. März 2002, Schwarzach a. Main

Der Umgang mit den Kunden ist für eine erfolgreiche Direktvermarktung von zentraler Bedeutung. Die Teilnehmer trainieren verschiedene Verkaufsgesprächssituationen und lernen neue Techniken für erfolgreiche Verkaufsgespräche kennen. Mit mehr Sicherheit macht Verkaufen für Sie und Ihre Mitarbeiter mehr Freude. Anmeldung bei Bioland Regionalstelle Unterfranken, Stefan Rettner, ☎ 09337-980031, Fax: -980032

DirektMarkt

09. bis 11. März 2002, Nürnberg

Die Fachmesse für Direktvermarkter. Nürnberg-Messezentrum, Fachausstellungen Heckmann GmbH, ☎ 0511-990950, Fax: -9909550, www.heckmannmbh.de

Milchtagung 2002

11. März 2002, Hardehausen

Seit zehn Jahren veranstaltet die AbL gemeinsam mit der KLB und der AG Land- und Regionalentwicklung der Uni Kassel die Milchtagung in der Katholischen Landvolkshochschule Hardehausen bei Warburg. Folgende Fachbeiträge sind vorgesehen: Hugo Gödde: Anmerkungen zum Rindfleischmarkt; Dr. Christian Krutzinna / Franziska Möppl: Kraftfuttermittel im Hinblick auf Leistung und Gesundheit; V. Pastaschenko: Antioxidative Qualitätseigenschaften der Milch: Einfluss der Fütterung, Haltungsbedingungen, Milchinhaltsstoffe und des Bakte-

rienbefalls; Prof. Dr. Alois Heißenhuber: Die Wirtschaftlichkeit der Milchviehhaltung in kleinen und mittleren Beständen; Rudolf Rantzau: Die Bürokratisierung der Landwirtschaft – Ursachen und Folgen
Anmeldungen an: KLB, Frau Hoffmann, Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef, ☎ 02224-946521, Fax: -946544, u.ackermann@kljb.org

Ladengestaltung und Warenpräsentation

11. März 2002, Wilsdorf

Ein Tagesseminar von Demeter NRW. Anmeldung und Information: E. Jungclaussen, ☎ 02739-47698, Fax: -4245

Kinderfeste auf dem Bauernhof

12. März 2002, Itzehoe

Ein Seminar für Frauen aus der Landwirtschaft: Der Bauernhof kann zum populärsten Veranstaltungsort werden, wenn es darum geht, Kindern einen besonderen und unvergesslichen Tag zu gestalten. Die Teilnehmerinnen werden über die rechtlichen Voraussetzungen, die Wirtschaftlichkeit und die Gestaltungsmöglichkeiten informiert. Außerdem berichtet eine engagierte Bäuerin aus Niedersachsen über ihr Projekt.

Anmeldung: Beratungsstelle Frau & Beruf bei der Landwirtschaftskammer, ☎ 0431-9797384, Kosten: 50 Euro inkl. Verpflegung

Agrarwende in der Nutztierhaltung

18. und 19. März 2002, Berlin

Tierschutz im Spannungsfeld von Ökologie und Ökonomie
BUND Bundesgeschäftsstelle, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin, ☎ 030-27586-40, Fax: -440, www.bund.net

Agenda 21: Umsetzung mit Jugendlichen am Beispiel Ernährung

20. März 2002

Ernährung wird bei Jugendlichen oft vernachlässigt. Das Thema eignet sich, um Konsumleitbilder zu reflektieren und alternative Ernährungsweisen kennen zu lernen unter Einbeziehung der Aspekte Ökologie, Ökonomie und Soziales. Schwerpunkt ist der Weg der Lebensmittel vom Hof in den Laden. Das Seminar richtet sich an Multiplikatoren in der Jugend- und Umweltbildung, Lehrkräfte und andere Interessierte.

Anmeldung und Information: LANDWEGE e.V., Vorrader Str. 81, 23560 Lübeck, ☎ 0451-52212, Kosten: 36,- Euro zzgl. Verpflegung

Vater und Sohn – ein starkes Team auf dem Hof

20. und 21. März 2002, Altenkirchen

Rollenverständnis und Zusammenarbeit im Familienverbund
Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de, Kosten: 80,- Euro

Vorbeugende Tiergesundheit und Homöopathie in der Rinderhaltung

22. bis 24. März 2002, Altenkirchen

Grund- und Vertiefungskurs
Evangelische Landjugendakademie, Ute

Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de

Ökoland und Artenvielfalt in Gefahr? Auswirkungen der „grünen Gentechnik“

13. April 2002, Regensburg

Im Rahmen des Seminars werden zum einen aktuelle Erkenntnisse über Risiken des Gentechnikeinsatzes für den biologischen Landbau und den Naturschutz dargestellt. Zum anderen sollen Maßnahmen zur Verringerung dieser gentechnikspezifischen Risiken (z.B. ökologische Dauerbeobachtung, gentechnikfreie Gebiete, Grenzabstände) vorgestellt und die Strategien der verschiedenen Akteure diskutiert werden. Bestehende und geplante gesetzliche Regelungen sowie deren Defizite sind ebenfalls Thema.

Bund Naturschutz Bildungswerk, Postfach 40, 94343 Wiesenfelden, ☎ 09966-1270, Fax: -9020059, bw@bund-naturschutz.de, www.bn-bildungswerk.de, Kosten: 26,- Euro

Seminar für Bio-Winzerinnen: Zeitmanagement/Zeitgestaltung

15. bis 17. April, 2002, Altenkirchen

Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de, Kosten: 190,- Euro

Artgemäße und ökologische Hühnerhaltung – eine Umstellungshilfe

06. bis 08. Mai, Altenkirchen

Die EU-Bio-Verordnung und die neue Legehennenhaltungsverordnung machen konkrete und verbindliche Vorgaben, die u.a. eine präzise Planung der Stallungen erfordern und den Hühnern eine artgemäße Haltung ermöglichen. Fachleute der verschiedenen Richtungen geben Neueinsteigern notwendige Informationen, aber auch langjährige Hühnerhalter sind eingeladen, um Bestehendes zu optimieren und neue Richtlinien kennen zu lernen. Ein Schwerpunkt liegt auf der vorbeugenden Tiergesundheit durch Änderung der Haltungsbedingungen. Auch Einblicke in die Homöopathie werden vermittelt.

Ejl in Kooperation mit BAT (Beratung artgerechte Tierhaltung e.V.), Anmeldung: Evangelische Landjugendakademie, Ute Rönnebeck, Dieperzbergweg 13-17, 57610 Altenkirchen, ☎ 02681-95160, Fax: -70206, roennebeck@lja.de

Naturgemäße Bienenhaltung

07. bis 12. Mai, Creglingen

Der Mensch im Umgang mit den Bienen steht im Mittelpunkt dieses Seminars mit Vorträgen, praktischen Übungen und einer Exkursion. Referenten sind Michael Weiler, Imker und Mitarbeiter des Forschungsrings für biologisch-dynamische Wirtschaftsweise; Robert Friedrich, Imkermeister, Fotograf und Seminarleiter beim Ausbildungsverband „Wesensgemäße Bienenhaltung“; Günter Friedmann, betreibt als Berufsimker eine Demeter-Imkerei.

Ländliche Heimvolkshochschule Lauda, Tauberstr. 9, 97922 Lauda, ☎ 09343-589190, Fax: -613781, www.LHVHS.de



in Kooperation mit der Petra-Kelly-Stiftung, bayerisches Bildungswerk für Ökologie und Demokratie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.



laden ein zum Kongress:

Bäuerliche Landwirtschaft unser Zukunfts-Modell

Samstag und Sonntag, 23. u. 24. März 2002, Kloster Seeon im Chiemgau

Programm Samstag von 10.00 bis 19.00 Uhr:

Was ist „Bäuerliche Landwirtschaft?“
mit Dr. Onno Poppinga, Professor an der Hochschule Kassel-Witzenhausen

Stärken und Schwächen „bäuerlicher“ Betriebe
mit Maria Heubuch, Bundesvorsitzende der AbL

Wie kann ich meinen Bauernhof „zukunfts-fähig“ machen?
mit Dr. Alois Heißenhuber, Professor für Betriebswirtschaft an der TU München-Weihenstephan

Wie lassen sich bäuerliche Betriebe sinnvoll fördern?
mit Wolfgang Reimer, Bundesministerium für Landwirtschaft

Das Image des Bauernhofs in der Gesellschaft
mit Wolfgang Roth, Süddeutsche Zeitung

Der Bauernhof in der Gesellschaft – Vorbild Österreich
mit Annemarie Pühringer-Rainer, Österreichische Bergbauernvereinigung

Abends gemütliches Beisammensein.

Sonntag von 9.00 bis 12.00 Uhr:

Konsequenzen für die bäuerliche Interessenvertretung
Kongressleitung: Hans Urbauer und Ute Gasteiger

Anmeldung bis 20. März bei der Bundesgeschäftsstelle der AbL e.V. bei Herrn Georg Janßen, ☎ 04131-407757, Fax: -407758 oder AbL-Bayern e.V., Reit 17, 84508 Burgkirchen, ☎ 08679-6474, Fax: -9130145, e-Mail: AbL-Bayern@web.de
Anreise: Mit der Bahn bis Bad Endorf, von dort mit Taxi.
Mit dem PKW über A 8 Ausfahrt Bernau nach Prien, Rimsting, Eggstätt, Seeon.

Ich werde Mitglied in der

Zutreffendes bitte ankreuzen:

| | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Ich möchte Mitglied in der AbL werden <input type="checkbox"/> Ich zahle den regulären Mitgliedsbeitrag von 76,50 € <input type="checkbox"/> Wir bezahlen den Mitgliedsbeitrag für Ehepaare und Hofgemeinschaften von 102,- € | <input type="checkbox"/> Ich bin bereit, als Fördermitglied einen höheren Beitrag von <input type="checkbox"/> 102,- € <input type="checkbox"/> 127,50,- oder _____ zu zahlen. <input type="checkbox"/> Ich bin Kleinbauer, Student, Rentner, arbeitslos und bezahle einen Mitgliedsbeitrag von 25,50 € (Nachweis füge ich bei) <input type="checkbox"/> Ich beantrage als nicht landwirtschaftliche Unterstützer/in einen Mitgliedsbeitrag von 50,- € |
|--|--|

Mitgliedsadresse:

Name _____ Vorname _____

Straße _____ PLZ, Ort _____

Zahlungsweise des Mitgliedsbeitrags:

| | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Nach Erhalt der Rechnung <input type="checkbox"/> Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung | Ich bin Abonnent der Unabhängigen Bauernstimme: <input type="checkbox"/> ja <input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> Ich bestelle auch die Unabhängige Bauernstimme (Bitte Coupon auf Seite 24 ausfüllen) |
|--|---|

Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu errichtenden Beitrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr. _____ BLZ _____ Bank _____

Die Mitgliedschaft verlängert sich automatisch um ein weiteres Jahr, wenn nicht spätestens 14 Tage vor Ablauf gekündigt wird. Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die AbL bzw. Abo-Verwaltung weiterleitet.
Widerrufsrecht: Ihre Bestellung kann innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich bei der AbL widerrufen werden.

Unterschrift _____ Datum _____ Beruf _____

Bitte senden Sie die Bestellung in einem Kuvert an:

AbL e.V. Bauernstimme Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm

IMPRESSUM

Unabhängige Bauernstimme • Herausgeber: Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft – Bauernblatt e.V., Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/9053170, Fax: 02381/492221, E-mail: bauernstim@aol.com, Homepage: http://www.bauernstimme.de • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2017838 • **Redaktion:** Ulrich Jasper, Wiebe Erdmanski-Sasse, Mute Schimpf: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492220, Fax: 02381/492221 (Redaktions- und Anzeigenschluß: jeweils am 15. des Vormonats) • **Abonnementpreis:** 36,- € jährlich • **Erscheinungsweise:** monatlich (11 x jährlich) • **Bestellungen, Adressänderungen, Veranstaltungshinweise und Anzeigenaufträge** bitte direkt an den Verlag • **Verlag:** ABL Bauernblatt Verlags-GmbH, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, Tel. 02381/492288, Fax: 02381/492221 • **Bankverbindung:** Kreissparkasse Wiedenbrück, BLZ 47853520 Kto 2031516 • **Druck:** lensing druck, Münster – ISSN-Nr 0934-4632 Postvertriebsstück 1 K 12858 E.

AbL

KONTAKTE

Schleswig-Holstein

Landesverband: Ellen Holste, Reit 5, 24848 Alt Bennebek, ☎ 04624/800312
Bernd Voss, Diekdorf Nr. 124, 25554 Wilster, ☎ 04823/8505, Fax: /75330
Hinrich Lorenzen, Winderatt 14, 24966 Sörup, ☎ 04635/2141, Fax: /2114
Plön: Matthias Stührwoldt, ☎ 04326/679 Fax 289147
Flensburg: Heiner Iversen, ☎ 04631/7424, Fax 04631/3852

Niedersachsen

Landesverband: 27243 Beckeln, Im Unterdorf 27, ☎ 04244/966725, Fax 04244/967422
Heide-Weser: Karlheinz Rengsdorf, ☎ + Fax: 04233/669; Ulrike Helberg-Manke, ☎ 04231/63048
Elbe-Weser: Hinrich Burfeind, ☎ 04762/1593; Ada Fischer ☎ 04723/3201, Fax: 04723/2118
Wendland-Osteide: Horst Seide, ☎ 05865/1247
Niedersachsen-Mitte: Hartmut Hollemann, ☎ 05121/510694
Südniedersachsen: Andreas Backfisch, ☎ 05508-999989, Fax: 05508-999245

Nordrhein-Westfalen

Landesverband NRW: Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm, ☎ 02381/9053173, Fax: 492221
Herford: Friedel Gieseler, ☎ 05221/62575
Minden-Lübbecke: August Seele, ☎ 05702/9152
Hellweg: Ulrike Ostendorff, ☎ 02307/62281, Wilhelm Ecke, ☎ 02378/2991
Sauerland: Dorothee Biermann, ☎ 02973/2557
Höxter-Warburger Land: Hubertus Hartmann, ☎ 05273/35447
Tecklenburger Land: Martin Steinmann, ☎ 05404/5264
Gütersloh: Erika Kattenstroth, ☎ 05241/57069
Düren: Monika Lövenich, ☎ 02425/901458
Köln/Bonn: Bernd Schmitz, ☎ 02248/4761

Hessen

Mittelhessen: Ernst-Günter Lang, ☎ 06441/75502, Fax: 06441/975995
Nordhessen: Bernhard Wicke, ☎ 05665/1403; Onno Poppinga, ☎ 05673/3540

Rheinland-Pfalz

Landesverband: Auf'm Kreuzchen 2, 56290 Wohnroth ☎ 06762/951170, Fax: 06762/951191
Regionalverband Eifel: Heribert Hoffmann, Lindenstr. 5a, 54597 Ellwerath, ☎ 06551/2636, Fax: -985783
Regionalverband Hunsrück-Nahe: Karin Auler-Weber, Auf dem Rech 4, 55481 Oberkostenz, ☎ 06763/601, Fax: 06763/558
Koblenz-Mayen: Engelbert Jung, ☎ 02607/552

Baden-Württemberg

Landesverband: Laubachtal 1, 88484 Guttenzell, ☎ 07352/8928, Fax: 07352/941422
Nordschwarzwald: Georg Bohnet, ☎ 07443/3990, Martin Reiter, ☎ 07524/2272; Hedwig Noll, ☎ 07463/729
Nord-Württemberg: Brigitte Steinmann, ☎ 07062/61620; Ulrike + Wolfgang Reimer, ☎ 07971/8584
Göppingen: Gerhard Übele, ☎ 07166/422
Oberschwaben: Albrecht Stiefel, ☎ 0751/91171; Josef Bopp, ☎ 07352/8928
Schwarzwald-Baar: Klaus Elble, ☎ 07808/1311, Fax: 07808/910453
Ortenaukreis: Tilo Braun, ☎ 07805/5465
Bodensee: Anneliese Schmech, ☎ 07553/7529, Fax: 07553/828278
Allgäu: Bärbel Endraß, ☎ 07528/7840, Fax: 07528/927590

Bayern

www.abl-bayern.de
Landesverband: Andreas Rimmelberger, Reit 17, 84508 Burgkirchen/Alz, ☎ 08679/6474, Fax: -9130145, e-Mail: AbL-Bayern@web.de
Regionalverband Schwaben: Josef Böck, Leipheimer Str. 8, 89347 Bubesheim, ☎ 08221/6326; Hermann Holl, ☎ 07302/6512
Regionalgruppe Pfaffenwinkel: Wolfgang Taffertshofer ☎ 08847/804, Christa Schlögel ☎ 08856/5723
Landshut-Vilstal: Josef Schmidt, ☎ 08742/8039
Franken: Gabriel Deinhardt, ☎ 09194/8480; Jasmin Berger ☎ 09565/6838

Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg: Jörg Gerke, Ausbau 5, 18258 Rukieten, ☎ 038453/20400
Vorpommern: Albert Wittneben, Oberstried 4, 17089 Grischow, ☎ 039604/26856

Geschäftsführer: Georg Janßen, c/o Gewerkschaftshaus, Heiligengeiststr. 28, 21335 Lüneburg, ☎ 04131/407757, Fax 04131/407758
Arbeitskreis Frauen: Ulrike Hasemeier-Reimer, Flurstr. 6, 74405 Gaildorf-Reippersberg, ☎ 07971/8584, Fax 07971/5718
„Morgenland“ – Arbeitskreis für Leute, die auch morgen noch in der Landwirtschaft oder einem angelagerten Bereich arbeiten wollen. Arnd Berner, Zum Anger 5, 37547 Kreiensen-Opperhausen ☎ u. Fax. 05563-910705, hof_berner@hotmail.com
AgrarBündnis e.V.: Ulrike Ottenotbrock-Völker, Marienfelder Str. 14, 33378 Rheda-Wiedenbrück, ☎ 05242/44327, Fax: 931446
Neuland e.V.: Baumschulallee 15, 53115 Bonn 1, ☎ 0228/604960
Europäische Bauernkoordination EBK-CPE, Rue de la Sablonnière 18, B-1000 Brüssel, ☎ 00322/2173112, Fax 2184509, E-mail: cpe@cpefarmers.org
Verein zur Förderung des Anbaus und der Verwertung von Hanf, Haus der Landwirtschaft, Bielefelder Str. 47, 33378 Rheda-Wiedenbrück, 05242/925814, Fax: 925833, email: Andrea.Kiel@lk-wl.nrw.de
Projektbüro Hanf, Haus Düsse, Daike Lohmeyer, 59505 Bad Sassendorf/Ostinghausen, ☎ 02945/989195, Fax: 02945/989133
Interessengemeinschaft gegen die Nachbaugesetze und Nachbaugebühren. Adi Lambke 05864/233, Anneliese Schmech 07553/7529, Johann Schamann 09861/3945

Und das bist Du, Mama!“, sagt mein Sohn. Er hat sein Bauernhofbuch auf den Knien und zeigt auf ein Bild darin. Eine dicke Bäuerin mit Kopftuch, Schürze und rotgefleckten Pausbacken so aufgepustet, als steckten je zwei Fleischknödel drin, grinst mich freundlich an.

Er ist nicht der einzige, der merkwürdige Vorstellungen von Bäuerinnen und Bauern hat: Neulich war ich bei meiner Freundin in Hamburg auf einer Fete. Ich habe mich mit einem ihrer Bekannten unterhalten und gesagt, dass ich Bäuerin bin. Für einen kurzen Moment verstummten die Gespräche im Raum. Danach wurde leise weitergetuschelt. Mein Gegenüber musterte mich auf eine ganz eigentümliche Art. Vor seinem inneren Auge zog wohl gerade ein ähnliches Bild wie das aus dem Buch meines Sohnes vorbei. „He, ich bin ganz normal!“, erklärte ich. „Ich bin keine außerirdische Lebensform.“ Aber in Hamburg klingt Außerirdische wahrscheinlich weniger exotisch als Bäuerin. Bäuerinnen und Bauern, Landwirtschaft und Bauernhöfe sind so ungewöhnlich, so unnormal geworden, dass viel zu wenig Menschen überhaupt wissen, was wir machen, wie Landwirtschaft funktioniert.

Trotzdem (oder gerade deswegen) beneiden uns viele Leute. Letzten Herbst haben wir immer wieder zu hören gekriegt, dass der Sommer schön gewesen sei und wie gut wir es doch hatten, bei dem schönen Wetter draußen arbeiten zu dürfen. Wieviel es geregnet hat, scheint außer unseren Kollegen keiner bemerkt zu haben. Unsere Äcker gleichen mehr und mehr den Amazonas-Sümpfen, und das Grünland hätte der Müritzer Seenplatte alle Ehre gemacht. Mähdrescher mit mehr als 4 Metern Schnittbreite wären sofort versunken.



Exotische Bäuerin

An den wenigen Tagen ohne Regen war die Luft so schwülwarm, dass alle Nicht-Landwirte zum Strand gefahren sind und die leichte Brise als schöne Urlaubserinnerung im Gedächtnis behalten haben. Wir dagegen konnten unsere Felder kaum abernten, weil die Luftfeuchtigkeit so hoch war, dass das Schneidwerk vom Mähdrescher verschmierte. Einige Getreidefelder sind auch tatsächlich stehen geblieben. Davon haben viele Leute aus der Zeitung erfahren.

Als komischer Vogel und Exot fühle ich mich nicht wohl. Natürlich möchte ich auch nicht dem alten Klischeebild von der Bäuerin entsprechen. Kopftücher konnte ich noch nie leiden. Ich wünsche mir, der Begriff „Bäuerlichkeit“ würde wieder so mit Leben gefüllt, dass die Menschen sich etwas darunter vorstellen können, das annähernd der Realität entspricht.

Und nun haben wir eine Landwirt-

schaftsministerin (die wir nicht so nennen dürfen, weil auch in der Politik die Landwirtschaft ein schlechtes Image hat), die absolut keine Gefahr läuft, mit der Bilderbuch-Bäuerin identifiziert zu werden. Statt einen dicken Haarknoten unter dem Kopftuch zu verstecken, trägt sie praktischerweise gleich eine Igelfrisur und das freundliche Grinsen ersetzt sie mit fest zusammengepressten Lippen, die lieber Durchsetzungswillen als Freundlichkeit demonstrieren. Kein romantisierender Städter mit dem Bild einer Bauernhof-Idylle im Hinterkopf kann sich Renate Künast als Bäuerin vorstellen. Aber auch viele Bäuerinnen und Bauern haben befürchtet, dass sie zuwenig von Landwirtschaft weiß, um zu verstehen, wer in der Agrarpolitik aus welchen Beweggründen welche Interessen vertritt und was die Bauern umtreibt und ihren Alltag prägt. Entgegen aller Beeinflussungsversuche von sogenannten Bau-

ernvertretern, Wirtschaftspolitikern und Agrarexperten hat sie sich entschieden, einen Großteil ihrer Energie für bäuerliche Landwirtschaft einzusetzen. Sie hat ein Aktionsprogramm für bäuerliche Landwirtschaft verkündet, obwohl sie weiß, dass sie bei ihren Kollegen nun vollends unten durch ist. Der Plan der wirklich mächtigen Agrarpolitiker, der EU-Kommissare und WTO-Strategen ist landwirtschaftliche Produktion für den Weltmarkt. Wer diesem obersten Ziel etwas entgegensetzen will, wird einfach nicht mehr ernst genommen, der betreibt Gefühlsduselei, die nicht mal einer Diskussion würdig ist.

Bisher hieß es immer, dass noch 25% der Höfe in den nächsten Jahren sterben müssten, damit die „weltmarktfähigen“ Betriebe übrig bleiben. Die Zahl wurde nach oben korrigiert: Für Schleswig-Holstein z. B. gilt, dass 40% sterben müssten. Wer sich für diese Höfe einsetzt, der hat sich sozusagen selbst als ernstzunehmender Politiker disqualifiziert. Kleine Vollerwerbsbetriebe kann (und will?!) Deutschland sich nicht leisten. Bis auf eine Ausnahme: In 20 Jahren muss es dann zum Lehrplan jeder Grundschule gehören, dass die Kinder eine Woche auf einem kleinen Schulbauernhof gucken dürfen, wie echte lebendige Kühe, Hühner und Schweine aussehen.

Wenn wir nicht noch exotischer werden wollen, weil es immer weniger Bäuerinnen und Bauern gibt, müssen wir das Höfesterben verhindern. Auch für Nicht-Landwirte reichen die Argumente, um gemeinsam mit der AbL für das Überleben kleiner, möglichst umweltverträglich wirtschaftender Höfe zu kämpfen. Ein Abo der Bauernstimme wäre da ein erster Schritt...

Ute Hörcher

Deutsche Post AG Postvertriebsstück K 12858
AbL Bauernblatt Verlags GmbH
Bahnhofstraße 31, 59065 Hamm

3/2002

UNABHÄNGIGE Bauernstimme: Jenseits der Klischees

- Zutreffendes bitte ankreuzen
- Ich möchte die BAUERNSTIMME abonnieren (36 €,- im Jahr). In begründeten Fällen kann auf jährlichen Antrag für Kleinbauern, -bäuerinnen, Arbeitslose, SchülerInnen und StudentInnen der Abo-Preis auf 26,- € gesenkt werden.
 - Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum Förderpreis von 60,- € im Jahr
 - Ich möchte die BAUERNSTIMME zum Preis von DM 18,- bzw. 36,- € für 6 oder 12 Monate verschenken.
 - Ich abonniere die BAUERNSTIMME zum einmaligen Schnupperpreis von 6,- € für drei Ausgaben (nur gegen Vorkasse: Bar, Scheck, Briefmarken)

Zustelladresse

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Bei Geschenkabos Adresse des Auftraggebers

Name, Vorname

Straße

PLZ, Ort

evtl. Telefon für Rückfragen

Zahlungsweise des Zeitungsabos:

- Nach Erhalt der Rechnung
- Mit beiliegendem Scheck
- Ich erteile Ihnen eine Einzugsermächtigung
Hiermit ermächtige ich Sie widerruflich, den von mir zu entrichtenden Betrag bei Fälligkeit zu Lasten meines Kontos einzuziehen.

Konto-Nr

BLZ

Bank

Das Abonnement verlängert sich um ein Jahr (außer bei Geschenkabos), wenn es nicht spätestens vier Wochen vor Ende des Abozeitraums gekündigt wird.

Ich bin damit einverstanden, dass die Deutsche Bundespost im Falle einer Adreßänderung die neue Adresse an die Abo-Verwaltung weiterleitet.

Widerrufsrecht: Ich weiß, dass ich meine Bestellung innerhalb einer Woche ohne Angabe von Gründen schriftlich beim ABL-Verlag widerrufen kann.

Unterschrift der Abonnetin / des Abonneten

Datum

Beruf

(bei Geschenkabos Unterschrift des Auftraggebers)

Bitte senden Sie die Bestellung an: Bauernstimme, 59065 Hamm, Bahnhofstr. 31 oder FAX 02381- 492221